

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 50.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 13. Dezember 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilarbeiterverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Der dritte Deutsche Arbeiterkongress in Berlin.

„Ein großer Tag.“

Die Angehörigen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung können auf ihren dritten Kongress mit großer Befriedigung zurückblicken. Graf Posadowsky nannte ihn in seiner Schlussansprache „einen großen Tag“. Die Veranstaltung war wirklich ein „großer Tag“, nicht nur im Leben der Kongreßteilnehmer und der auf dem Kongress vertretenen Arbeiter und Angestellten, sondern ein „großer Tag“ für die deutsche Arbeiterschaft überhaupt. Der dritte Deutsche Arbeiterkongress wird ein Markstein bilden in der sozialpolitischen Bewegung des deutschen Volkes. Er war eine der bedeutendsten Arbeitertagungen, die jemals stattgefunden haben.

1 1/2 Million Arbeiter und Angestellte waren durch rund 400 Delegierte vertreten. Rechnet man 1/4 Million für Doppelzählungen ab, dann bleibt noch immer eine imponierende Zahl übrig, die die Macht und das Voranschreiten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung veranschaulicht. Zwar können die sozialdemokratischen Tagungen mit größeren Zahlen aufwarten, aber auf die Zahlen allein kommt es nicht an, sondern vor allem auf die Stellung der hinter diesen Zahlen stehenden Personen und ihrer Vereinigungen innerhalb der Gesellschaft, auf den Einfluß, den auszuüben sie in der Lage sind. Gerade darin liegt die außerordentlich große Bedeutung des dritten Deutschen Arbeiterkongresses.

Wenn der Kongress wirklich eine „belanglose Sache“ wäre, wie es der „Vorwärts“ seinen Lesern glauben machen will, dann würden ganz gewiß weder die Reichsregierung noch die Parteien und die privaten und öffentlichen Vereine eine Vertretung geschickt haben. Dann hätte man sich in gewissen Kreisen auch wohl nicht bemüht, den Kongress zu verhindern. Diese Kreise haben das halbamtliche Regierungsorgan sogar vor ihren Reaktionskarrern zu spannen versucht. Reaktionsäre anderer Färbung haben es nicht gescheut, auf hohe kirchliche Kreise einzuwirken. Aber die Mienen, die sie legten, explodierten nach der verkehrten Richtung hin. Die Reaktion hat ihren Zweck nicht erreicht.

Noch auf keiner anderen Arbeitertagung sind die bürgerlichen Parteien so zahlreich vertreten gewesen. Ein Beweis dafür, daß man diesem Kongress große Bedeutung zumah. Regierungsvertreter und Parlamentarier entboten dem Kongress Grüße und warme Worte der Sympathie. „Mögen ihren schönen Reden nun auch die Taten folgen“, sagte Kollege Stegerwald unter dem lebhaften Beifall der Delegierten in seiner Schlussansprache. Die Parteien haben gehört, wie ihre Arbeiterwähler über die zurzeit brennendsten sozialen Fragen denken. Wenn sie sich nicht des Vertrauens der Arbeiterschaft vollends begeben wollen, werden sie ihre parlamentarische Arbeit darnach einrichten müssen.

Sie werden dann nicht ihre Hand dazu vergeben, auf dem Wege der Gesetzgebung die freie Betätigung der Arbeiter zum Behufe ihrer wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung zu unterbinden. Die christlich-nationale Arbeiterschaft will keinen größeren Arbeitswillensschwund. Hinter dem Schlagwort, „Schuß der Arbeitswilligen“, verbirgt sich eine ganze Welt sozialpolitischer Reaktion. Das hat der dritte Deutsche Arbeiterkongress mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Mit der Behandlung der Frage der Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung hat der Kongress eine Warnungstafel aufgestellt. Die Arbeiterschaft wird sich nicht wieder wie bei den Zolltarifverhandlungen im Jahre 1902 vor fertige Tatsachen stellen lassen. Sie verlangt die Berücksichtigung ihrer Interessen, um einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Kreise des deutschen Volkes

vorzubeugen. Sie richtet an die Adresse der Agrarier die Warnung, mit dem Schlagwort vom „lückenlosen Zolltarif“ nicht zu spielen und vor allem den agrarischen Bogen nicht zu überspannen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft ist auch fernerhin bereit, im Interesse der deutschen Landwirtschaft Opfer zu bringen. Der Kongress hat sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf vermahrt, als wolle er der Landwirtschaft an den Kragen. Jedoch zwischen dem heutigen Zustande unserer zollpolitischen und veterinärpolizeilichen Vorschriften und einer wirklichen Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Interessen ist ein weiter Spielraum, der eine billige Berücksichtigung der auf dem Gebiete der deutschen Lebensmittelversorgung liegenden Mißstände wohl gestattet. Auch in der Frage der Arbeitslosenfürsorge und des Wohnungswesens hat der Kongress ein deutliches Wort geredet. Den Bodenspekulanten und Wohnungswuchern werden die Kongreßverhandlungen über diesen Punkt nicht angenehm sein, aber es war nichtsdestoweniger dringend notwendig, zu zeigen, wie viel gerade auf dem Gebiete der Wohnungspflege noch im Argen liegt. Bezüglich der Arbeitslosenfürsorge wurde das Hauptgewicht auf die vorbeugenden Maßnahmen gelegt, aber auch den Gemeinden die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung als Unterlage für die Reichsarbeitslosenversicherung zur Pflicht gemacht. Sowie die Dinge bisher gehandhabt wurden, konnten wir in der Frage der Arbeitslosenversicherung nicht weiter. Der Staat schiebt die Sache den Gemeinden zu und diese wiederum verfrachten sich hinter den Staat.

„Der Kongress hat gesprochen“, sagte Kollege Stegerwald in seinem Rückblick zum Schluß der Verhandlungen, „Regierung, Parlament und Gemeinden, handelt danach!“

Wir können auch mit Stolz auf diesen Kongress zurückblicken. Er hat den Beweis geliefert, daß innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch die Schulung nicht vernachlässigt worden ist. Die Kongreßverhandlungen standen durchaus auf der Höhe. In den Referaten und in der Diskussion wurden die einzelnen Punkte mit einer Sachlichkeit und Sachkenntnis behandelt, die der Arbeiterschaft alle Ehre macht und die man auf manchen Tagungen von Nichtarbeitern vergeblich sucht.

Der Kongress hat im allgemeinen eine gute Presse gefunden. Allerdings „schwankt sein Charakterbild, von der Parteien Meid und Gunst verwirrt“. Der „Vorwärts“ nennt ihn „ein Sammelurium von Arbeiterfeinden verschiedener Färbung“, wogegen ihn die konservative „Kreuzzeitung“ „einen Kongress der Klassenkämpfer“ nennt. Das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, findet es für außerordentlich bedauerlich, daß der Kongress so scharf gegen das „Kartell der schaffenden Arbeit“ Stellung genommen hat, und der liberale „Börsefuxier“ sieht sich in der Hoffnung getäuscht, „der Kongress würde das Tisch Tuch mit der Sozialdemokratie endgültig zerschneiden“. Die Forderungen, die auf dem Kongress erhoben worden seien, unterschieden sich „in nichts von den üblichen sozialdemokratischen Forderungen“. Also nach der einen Lesart war der Kongress eine Tagung von Klassenkämpfern, nach der anderen eine Tagung von Arbeiterfeinden. Wer hat nun Recht? Ihnen ist der Kongress höchst unbequem. Darum wissen sie nichts anderes zu tun, als ihn zu demunzieren. Jedoch hat sich die freundliche und gegnerische Presse gezwungen gesehen, ausführliche Berichte über den Kongress zu bringen. Sie muß sich, ob gern oder ungern, mit unseren Tagungen auseinandersetzen.

Die zum Teil recht kleinlichen und verärgerten Mängel an dem Kongress vermögen den guten Gesamteindruck nicht zu verwischen. Zu bedauern ist nur, daß die Einheitlichkeit der Tagung gestört wurde durch das ungeschickte und zum Teil provokatorische Verhalten der Vertreter des Verbandes „Sich Berlin“. Sie konnten sich nicht verkneifen, den alten Streit erneut anzufachen und für ihre Grundzüge Propaganda zu machen. Sie hielten es sogar für geboten, die Enzyklika des Papstes in die Debatte zu ziehen. Das war ebenso taktlos als provokatorisch. Aber auch diese, an sich kleinen Zwischenfälle vermögen dem guten Gesamteindruck der Tagung keinen Abbruch zu tun.

Alles in allem: Der Kongress war eine glänzende Tagung, eine imposante und machtvolle Kundgebung. Sie wird ihre Wirkung gewiß nicht verfehlen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft darf sich der Hoffnung hingeben, daß der Kongress seinen Zweck erfüllen wird und daß er manchen schlechten Plan der Reaktion zu Schanden gemacht hat.

Darum nennen wir ihn „einen Markstein in der sozialpolitischen Bewegung des deutschen Volkes.“ Er wird aber auch neues Leben und neue Arbeitslust in den Kreisen unserer Mitglieder hervorrufen, die Macht und den Einfluß vermehren. Darum ist er auch ein großer Tag in dem Leben unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Ueber den ersten Verhandlungstag siehe den Bericht in der vorigen Nummer.

Der zweite Verhandlungstag

wurde eingeleitet mit einem prächtigen Referate des Kollegen Joss über „Nationale Entwicklung und soziale Bewegung“. Das Referat durchzog warme patriotische Klänge der Erinnerung an die vaterländischen Feste des Jubiläumsjahres 1913, Klänge der Freude über die glänzende Entwicklung der politischen, gewerblichen und allgemeinen kulturellen Verhältnisse. Aber Joss zeigte auch die Schattenseiten, daß die soziale Wunde am Volkskörper längst nicht ausgeheilt sei, daß sie noch blute an vielen Stellen und sich immer neue Eiterungen zeigten. Es ist noch viel zu tun auf dem Gebiete der sozialen Arbeit. „Die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Lohnarbeiterschaft darf nicht überschätzt werden. Wir haben einige hochgelohnte Arbeiterschichten, daneben stehen aber Millionen von anderen Berufsschichten und Hilfsarbeitern, die kaum das unbedingte Nötige erreicht haben. Das Familienleben, das auf den niederen Jahreslöhnen aufgebaut ist, läßt sich statistisch nicht erfassen, das kann man nur sehen, um es zu beklagen. Noch immer ist das Arbeiterdasein ein unsicheres. Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität sind unheimliche Begleiterseimungen. Es wird noch viel gesunde Kraft verzehrt in vergeblichen Versuchen, sich und die Seinen über Wasser zu halten. Das Armsein ist besonders schwer erträglich in einer Zeit übertriebenen Luxus und rücksichtslosen Genußens. Die soziale Sorge ist uns noch nicht von der Seele genommen, nicht den Staatsmännern, nicht den Industriellen, nicht den besitzenden Klassen und nicht der Wissenschaft. Es sind noch Aufgaben da. Die müssen gelöst werden. Damit dient unsere Zeit der Zukunft. Arbeitslosigkeit gilt es zu bekämpfen und davon zu bewahren. Die Lebenshaltung ist zu erleichtern und dem Wohnungswucher muß gesteuert werden. Eine soziale Kulturforderung ist die der Volksbildung und Volksziehung. Dieser Ucker liegt noch brach und nur seine köstliche Frucht wird uns zu einem wahren Kulturvolk machen. Der Staat, die sozialen Vereinigungen und die religiösen Gemeinschaften haben hier große Aufgaben. Erzieherische Kleinarbeit muß geleistet werden an und

in den Familien. Unser Arbeiterstand ist noch gar wurzellos in den Industrievierteln. Die neuzeitliche Arbeitsweise zersprengt die Familien und zerstört die Gemütskräfte. Auch unseren Organisationen erwachsen hier Aufgaben.

In der Denkschrift Gneisenaus über die Notwendigkeit der Entfesselung aller Volkskräfte im Jahre 1813 heißt es an einer Stelle: „Die neue Zeit braucht mehr als alte Namen, Titel und Pergamente, sie braucht frische Tat und Kraft“. Die Kraft sah er von unten kommen. Auch wir sagen, im Volke wächst gute Kraft, die möge man herauswachsen lassen. Das ist eine Kulturpflicht und darin liegt Zukunft der Nation.“

Im Anschluß an das Zoonische Referat sprach Kollege Giesberts über das Thema: „Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner“. Er widerlegte die von gewisser Seite gegen unsere Sozialgesetzgebung vorgebrachten Bedenken und Anklagen, protestierte gegen die mit Gewalt in letzter Zeit auftretende Strömung nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Die antisozialen Strömungen sind bedauerlich im Interesse des sozialen Friedens und des nationalen Fortschritts. Das Licht der Kultur und der wirtschaftlichen Errungenschaften hat auch das Dunkel des Arbeiterhauses allmählich erhellt. Nun sehen wir Reaktionen am Werk, die recht flott wieder die Fenster verhängen möchten, durch die, wenn auch spärlich, aber immerhin tröstlich und erfreulich, das Licht des sozialen Frühlings in das Arbeiterdasein strahlte. Wir wollen ihnen kräftig auf die Finger klopfen und, was unser Teil betrifft, dafür sorgen, daß diese Fenster recht weit geöffnet und dieses Licht auch weiterhin recht freundlich und tröstlich den Armen leuchtet. Die Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft ist für uns keine inhaltlose Phrase, sondern ein Programm, ebenso wie für uns das Wort Kaiser Wilhelms I. ein Programm ist: „Ich will, daß meinem Volke die Religion erhalten bleibt“. Wir wollen die religiösen und sozialen Kräfte im Volke stärken und ebenso entschieden vertreten gegen Radikalismus von links, wie gegen Reaktion von rechts.“

Nach einer ausgiebigen Diskussion über diese Referate, in der sich die Vertreter des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Sitz Berlin außerordentlich ungeschickt und für die meisten Kongreßteilnehmer provozierend benahmten, wurde mit allen gegen rund 10 Stimmen der „Besliner“ eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Kongreß fordert:

1. Die weiteste Aufklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der Versicherungsgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.
2. Er erwartet von der Regierung und den Parlamenten, daß sie sich in ihren Entscheidungen von den scharfmacherischen Erhebungen in bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise beeinflussen lassen.
3. Insbesondere erwartet der Kongreß, daß die neuerdings auftretenden Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter bei Regierung und Parlament entschieden zurückgewiesen werden, da jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter, namentlich aber des Koalitions- und Vereinsrechtes und die Abbrückelung unserer sozialen Gesetzgebung den heftigsten Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei hervorzurufen müssen und geeignet sind, die Klassengegensätze zu verschärfen.

Der Kongreß empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Abwehr gegen die antisozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Er fordert deshalb alle Freunde des sozialen Fortschritts sowie alle Arbeiter und Angestellten auf, an der Festigung und Stärkung unserer Organisationen zu arbeiten, damit sie ein festes Bollwerk gegen jede soziale Reaktion zu bilden in der Lage sind.

Der dritte Verhandlungstag.

Zunächst sprach Kollege Stegerwald in einem außerordentlich sachlichen und materialreichen Referate über die „Lebensmittelversorgung und Lebensmittelverteilung“. Zu diesem Punkte nahm der Kongreß folgende Leitsätze an:

1. Die Lebensmittelversorgung ist für das deutsche Volk zu einem hochbedeutsamen Problem geworden. Seit Jahren reicht das Angebot der wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, knapp zur Bedarfsdeckung. Die Folge ist, daß weite Schichten der konsumierenden Bevölkerung immer wieder aufs neue beunruhigt werden und zeitweise in große Bedrängnis kommen. Die Preise für Lebensmittel weisen deshalb insgesamt, wenn auch mit Schwankungen, im Endergebnis eine stete Steigerung auf, welche in den Produktionskosten und Produktionsstörungen, sowie in der notwendigen wirtschaftlichen Rentabilität der Produktion nicht begründet ist. Die breiten Massen der Konsumenten empfinden das als eine schwere Bedrückung ihrer wirtschaftlichen Existenz und eine Gefährdung ihres sozialen Aufstiegs. In der unaufhaltbaren Aufwärtsbewegung der Preise für die Lebensmittel liegt aber auch eine weittragende gefährliche Schädigung der Weiterentwicklung des Innenmarktes im deutschen Wirtschaftsleben.
2. Die deutsche Landwirtschaft hat mit anerkanntem Wertem Erfolg sich bemüht, mit unserer ungeahnten Volksvermehrung und Bedarfsentwicklung Schritt zu halten. Sie wird auch für die Zukunft das sicherste und ergiebigste Bezugsgebiet unserer Lebensmittelversorgung darstellen; die Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit ist darum eine nationale Forderung. Jedoch zeigen sich sowohl auf dem Gebiete der Produktion, wie auf demjenigen des Lebensmittelverkehrs in wachsendem Maße Hindernisse

und Schwierigkeiten, die auf die Dauer die Versorgung unseres Volkes mit ausreichenden Nahrungsmitteln zu erschwerenden Preisen zu einer ernstlichen nationalen Sorge machen.

3. Aus dieser unhaltbaren Lage müssen wir heraus. Die Frage erleidet keinen weiteren Aufschub. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die unabweisbare Pflicht aller an der Lebensmittelversorgung interessierten Volksschichten nach Mitteln der Abhilfe zu suchen.

Der dritte Deutsche Arbeiterkongreß verweist mit Nachdruck auf folgende Wege:

a) Auf dem Gebiete der Produktion erwarten wir von der deutschen Landwirtschaft, daß sie mit Beharrlichkeit und Ausdauer an ihrer großen Aufgabe weiter arbeitet. Reich und Staat haben die Landwirtschaft dabei zu unterstützen und dazu anzuhelfen; insbesondere ist der Frage des landwirtschaftlichen Kreditwesens die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Den öffentlich-rechtlichen und privaten Organisationen für Landwirtschaftsförderung obliegt es, ihre Einrichtungen zur Hebung der Produktion und zum Absatz der Produkte weiter auszubauen. Besonders sind die Inhaber der mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betriebe in den Stand zu setzen, leichter wie bisher die Mittel modern-technischer Betriebsführung auszunutzen. Innere Kolonisation und Erschließung von Moorländereien sind mit allen Kräften weiterzuführen.

b) Bei der bevorstehenden Neuschaffung unserer Handelspolitik sind Erleichterungen zu schaffen:

1. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle und eine Ausdehnung derselben auf bisher zollfreie Artikel, soweit sie als Nahrungsbedarf der Minderbemittelten in Frage kommen, ist abzulehnen. Der Handelspolitik ist weiter eine solche Richtung zu geben, daß die verfügbare Menge sich der Bedarfsentwicklung besser anpaßt.
2. Das System der Einfuhrschemie bedarf einer Korrektur im dem Sinne, daß einseitiger Körnerbau (Roggen) weder auf Kosten der vom Konsum in steigendem Maße bevorzugten Getreideart (Weizen) noch auf Kosten einer der Verstärkung bedürftigen Viehhaltung unnötig begünstigt wird.
3. Weil gerade auf dem Gebiete der Fleischversorgung die Vermehrung der Produktion sich als besonders dringlich erweist, sind vor allem die Bedingungen des Futterbaues und des Futterbezuges nachdrücklich zu verbessern.
4. Insofern die Inlandsproduktion nicht ausreicht oder wegen ihrer Kosten den Minderbemittelten zu erschwerenden Preisen nicht zugänglich ist, ist die Zufuhr ausländischen Viehes und Fleisches unter Wahrung des Veterinärsehens in ausreichendem Maße zu gestatten. (Anstreben weiterer Seuchentventionen und erhöhter Zufuhrkontingente im Verkehr mit angrenzenden Staaten; Erleichterung der Zulassung von Wachsen- und Wädelfleisch sowie Hartwurste).

c) Im Lebensmittelverkehr hat sich ein äußerst weitverbreiteter Apparat herausgebildet. Die Großstädte und Industriebezirke mit ihren gewaltigen Massenansammlungen konsumierender Bevölkerung sind gezwungen, aus den entlegenen Bezirken ihren Bedarf zu decken. Dieser Apparat ist daher eine Notwendigkeit. Andererseits gibt es Mängel zu beseitigen (unbegrenzte Preiserebereien seitens des Metzger- und Viehhändlergewerbes, völlige Unübersichtlichkeit des Marktes und der Leistungsfähigkeit der Bezugsgebiete; Mißstände im Großhandel usw.). Nach dieser Richtung hin erwachsen Staat und Gemeinden bedeutende Aufgaben:

1. Es ist anzustreben die Errichtung von Lebensmittelämtern in Reich, Staat und den großen Konsumgemeinden. (Aufgabe: Schaffung eines Ueberblicks über Markt und Bezugsbedingungen; Regelung des Zufuhrverkehrs; Anbahnung langfristiger Lieferungsverträge zwischen den Betriebsorganisationen in den Städten und den Produktionsorganisationen auf dem Lande; Preiskontrolle usw.)
2. Die Frachttarife der Eisenbahnen sind in der Richtung eines erleichterten Viehverkehrs auszugestalten (Staffeltarif).

Diese Hinweise und Forderungen zeigen, daß eine systematische Verbesserung der Lebensmittelversorgung und Preisunterdrückung möglich ist. Allein nur bei einem umfassenden und planmäßigen Vorgehen aller in Betracht kommenden Instanzen ist ein dauernder Erfolg möglich.

Zu dem Referate des Kollegen Andreo-Stuttgart: „Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter“, wurden ebenfalls Leitsätze angenommen, in denen gefordert wird:

1. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmegesetzes.
2. Den Ausbau des Koalitionsrechtes in dem Sinne, daß der rechtmäßige Gebrauch desselben gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden.
3. Das Streitpostenstehen ist gegenüber der Polizeivollmacht als ein im wirtschaftlichen Kampf erlaubtes Mittel zu erklären.
4. Die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern nebst der Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau derselben zu einem Reichsvereinigungsamt.
5. Das Vereinsrecht der Landarbeiter ist für das ganze Deutsche Reich einheitlich zu gestalten und auszubauen.
6. Die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechtes. Der Kongreß spricht der Reichsregierung und dem Reichstags Rat und Anerkennung aus für die wiederholte Ablehnung scharfmacherischer Bestrebungen, die gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet sind, und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch die neuesten Versuche des vereinigten Unternehmertums, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, aus wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Gründen entschiedene Ablehnung erfahren werden.

Der vierte und letzte Verhandlungstag.

hatte sich mit der „Wohnungsfrage“ und der „Arbeitslosenfürsorge“ zu beschäftigen. Zu dem ersten Punkte sprachen Herr Stadtrat Dr. Volb-Dortmund und Kollege Wilh. Meyer-M-Glabach. Aus der Diskussion zu diesem Gegenstande mag hervorgehoben werden, daß sich die Herren Oberbürgermeister Gieseler-Neuß und Landeswohnungsinspektor Geetschel-Darmstadt daran beteiligten und sich für eine großzügige Wohnungsfürsorge ausgesprochen. In der Entschließung des Kongresses zu diesem Gegenstande wird namentlich auf den preussischen Wohnungsgesetzentwurf Bezug genommen und darüber gesagt:

Der Kongreß erachtet es als dringend notwendig, daß der vorliegende Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes, entsprechend dem am 22. Mai 1912 im Reichstage angenommenen Resolution, ergänzt wird. Insbesondere erachtet er es als erforderlich, daß:

1. die in Artikel I des Entwurfs vorgesehenen Änderungen unverändert angenommen werden. Besonders begrüßt der Kongreß die in § 12, Absatz 4, vorgesehene Änderung, wonach mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis von dem kommunalen Bauverbot Dispens zu erteilen ist. Die vorgesehenen Enteignungsbestimmungen, die Baumasten betreffend, sind auf baureifes Gelände überhaupt auszudehnen, falls das Wohnungsbedürfnis und die Entwicklung der Gemeinde es erfordert.
2. Der Artikel I, Absatz 1, ist wie folgt zu ändern: „durch die Bauordnungen muß insbesondere geregelt werden.“
3. Durch Bauordnungen muß in allen Gemeinden mit mehr als 25000 Einwohnern die übermäßige bauliche Ausnutzung des Bodens durch zu hohes und zu dichtes Bauen unterbunden werden. Als Regel sollte hierbei gelten, daß in Wohnstraßen mit mehr als zweigeschossiger Bebauung höchstens ein Drittel des Bauplatzes bebaut werden darf, und daß durch Festlegung einer sogenannten rückwärtigen Baulinie der Bau aller tieferen Seitengebäude und der Hintergebäude in Wohnstraßen unterbunden wird.
4. Ueber Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen sind Mindestvorschriften zu erlassen. Zum mindesten wären die Polizeibehörden zu veranlassen, diesbezügliche Vorschriften zu erlassen, und
5. müßten Wohnungsordnungen für alle Gemeinden und Gutsbezirke erlassen und die Wohnungsaufsicht allgemein eingeführt werden.
6. Durch eine zweckmäßige Ausgestaltung der Steuer- und kommunalen Steuerordnungen ist der Bau von Wohnhäusern für die minderbemittelten Klassen zu begünstigen und dem Hochtreiben der Bodenpreise in großen aufblühenden Gemeinden entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke erscheinen folgende Maßregeln notwendig:

a) Die Grundsteuer ist in allen größeren aufstrebenden Gemeinden nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes zu erheben; hierbei sind die Wohnhäuser und die in den Außenbezirken und eingemeindeten Vororten liegenden Grundstücke steuerlich möglichst zu entlasten. Dagegen sind Baupläze, insbesondere solche Baupläze, welche in lichter bebauten Stadtgegenständen längere Zeit nach ihrer Erschließung unbebaut geblieben sind, mit erheblich höheren Steuerätzen zu belegen, als die bebauten Grundstücke.

b) Die staatliche und kommunale Umsatzsteuer ist so zu gestalten, daß der erste Erwerb von Wohnhäusern, die innerhalb einer kürzeren Frist nach ihrer Erbauung erworben werden, steuerfrei bleibt. Dagegen sind die Umsatzsteuerätze für den Verkauf unbebauter Grundstücke, welche nicht an ausgebauten Straßen liegen, sofern für dieselben ein höherer Preis als der landwirtschaftliche Ertragswert gezahlt wird, erheblich zu erhöhen.

c) Der Wertzuwachs an Grundstücken ist durch Landes- oder kommunale Steuerordnungen auch in Zukunft der Besteuerung zu unterwerfen. Es empfiehlt sich, die im Verhältnis zum Erwerbspreise prozentual mäßigen Gewinne, welchen die seßhaften Hausbesitzer und die Landwirte nach längerer Eigentumsdauer erzielen, von der Zuwachssteuer ganz frei zu lassen; dagegen sind die hohen Konjunkturgewinne, welche die Terrainspekulanten und die Urbesitzer in aufstrebenden Gemeinden erzielen, einer kräftigen Besteuerung zu unterwerfen. Die Erträge einer kommunalen Wertzuwachssteuer sind möglichst im Interesse einer kommunalen Bodenpolitik zu verwenden.

Der Deutsche Arbeiterkongreß bedauert es außerordentlich, daß außer den vereinigten Haus- und Grundbesitzern auch einzelne Kommunen den vorliegenden Wohnungsgesetzentwurf energisch bekämpfen, wodurch die schon längst notwendige gesetzliche Wohnungsreform aufs neue ernstlich gefährdet wird. Von den Gemeinden erwartet er, daß sie ihren Widerstand gegen den Wohnungsgesetzentwurf aufgeben und wünscht, daß die Gemeinden sich mehr als bisher im Sinne einer fortschrittlichen Wohnungspolitik betätigen.

Die reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswezens im Sinne der in der Reichstagsresolution vom 22. Mai 1912 niedergelegten Wohnungsreformforderungen, soweit sie nicht durch die landesgesetzliche Regelung erledigt werden, hält er auch fürderhin noch für erforderlich.

Der letzte Beratungsgegenstand behandelte die „Arbeitslosenfürsorge“. Der Referent, Kollege Saltrusch-Pöhl, legte dem Kongreß folgende Entschließung vor, die auch einstimmig angenommen wurde:

„Der dritte Deutsche Arbeiterkongreß hält es für eine Notwendigkeit, daß in der Arbeitslosenfrage sowohl von Reichswegen, wie auch von den einzelnen Bundesstaaten und Kommunen durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden. Die Arbeitslosigkeit hat für die betroffenen Arbeiter die bedenklichsten Folgen in materieller, moralischer und sittlicher Hinsicht; davon werden auch Staat und Gesellschaft in starkem Maße berührt. Deshalb muß der Arbeitslosigkeit mit allen verfügbaren Mitteln vorgebeugt, die Folgen dieser Erscheinung müssen beseitigt oder

wenigstens gemildert werden. Das kann geschehen durch folgende Maßnahmen:

1. Die Verwaltungsbehörden wie auch die privaten Leiter der Produktion mögen noch bedeutend mehr als bisher (die letzteren besonders durch ihre wirtschaftlichen Vereinigungen — Syndikate, Kartelle usw.) auf eine größere Stetigkeit des Arbeitsmarktes hinarbeiten. Bei der Vergabung von Lieferungen sowie bei der Vorbereitung und der Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten ist, soweit nicht größere technische Schwierigkeiten im Wege stehen, Rücksicht zu nehmen auf die wirtschaftlich stillen Zeiten und auf die Zeiten des Niederganges, deren Anzeichen un schwer zu erkennen sind.

Ins Auge zu fassen sind in solchen Zeiten z. B. insbesondere die Kultivierung von Weidländern, größere Aufforstungen und die Verbesserung der Verkehrsmittel in zurückgebliebenen oder wirtschaftlich noch wenig erschlossenen Gegenden; die zu vergebenden Arbeiten der staatlichen und kommunalen Behörden verteilt man an die einzelnen Gewerbe möglichst in mehreren Teilaufträgen.

2. Der Ausländerfrage ist seitens der Regierung und der Parlamente erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Schutz der nationalen Arbeitskraft muß gegenüber der schrankenlosen Konkurrenz, die die kulturell tiefer stehenden Ausländer den deutschen Arbeitern machen, mehr in den Vordergrund treten. Es ist ein unnatürlicher Zustand, daß hunderttausende deutscher Arbeiter arbeitslos sind, während über eine Million fremdländischer Arbeiter von den Unternehmern in Deutschland beschäftigt werden. Die Arbeit vergebenden Behörden können diesem Uebelstande durch die Vertragsbedingung Steuern, daß die ausführenden Unternehmer in erster Linie einheimische Leute zu beschäftigen haben.

3. Zur vorbeugenden Tätigkeit gegen die Arbeitslosigkeit gehört in erster Linie der Ausbau des Arbeitsnachweiswesens. Eine reichsgerichtliche Regelung der Arbeitsvermittlung, durch die allgemeine Vorschriften über die Tätigkeit der Arbeitsnachweise festgelegt würden, ist dringend zu empfehlen. Dann könnte vermittels zentral geführter Statistiken eine genauere Uebersicht des Arbeitsmarktes erreicht werden. Die gesamte Arbeitsvermittlung ist unter staatliche Aufsicht zu stellen, um die Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung durchzuführen und Mißbräuche zu verhindern.

4. Der dritte Deutsche Arbeiterkongress erklärt es als eine der nächstliegenden Aufgaben der Sozialpolitik, als unabweisbare Pflicht des Staates und der Gesellschaft, für die unverzüglich arbeitslos gewordenen Volksgenossen geeignete Fürsorgemaßnahmen zu treffen. Das erstrebenswerte Ziel dieser Fürsorge ist eine reichsgerichtliche Regelung der Arbeitslosenversicherung. Da zurzeit einer Durchführung dieser Forderung noch größere Schwierigkeiten entgegenstehen, empfiehlt der Kongress die schon in manchen Gemeinden eingeführten freiwilligen Arbeitslosenklassen, in Anlehnung an die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge, in möglichst vielen Orten einzurichten. Zu den Kosten haben die Versicherten, ferner die Gemeinden und auch die Bundesstaaten beizutragen. Die letzteren sollten auf die Gemeinden im Sinne der Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung einwirken. Die Arbeiter aber mögen nach wie vor auf die weitere Einführung der Arbeitslosenversicherung auf dem Wege der Selbsthilfe innerhalb ihrer Berufsorganisationen hinarbeiten und das bereits Bestehende weiter ausbauen.

5. Der Kongress ersucht die Reichsregierung dringend, zuverlässigere Grundlagen zur Beurteilung des Umfanges der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Dies könnte geschehen durch allgemeine und periodische Arbeitslosenzählungen, unterstützt durch örtliche Zählungen unter Zuhilfenahme der Arbeiterberufsvereine. Zur Vervollständigung der Statistik müßten alle Arbeitsnachweise, auch die der Unternehmer, durch die zuständigen Behörden zur Berichtserstattung verpflichtet werden.

Der Schluß des Kongresses.

Nach Erledigung der Referate wurden die Wahlen zum Ausschusse des Deutschen Arbeiterkongresses vorgenommen. Dabei kam es wiederum zu Auseinandersetzungen mit den Berlinern. Kollege Imbusch vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter beantragte, daß von dem Verband katholischer Arbeitervereine (Stz Berlin) heute noch kein Vertreter in den Ausschuss gewählt werde. Der Ausschuss solle einen Vertreter dieses Verbandes erst dann zuziehen, wenn der Verband die Gewähr biete, daß er in Zukunft im Sinne der Bestrebungen des Deutschen Arbeiterkongresses und der hier gefassten Beschlüsse arbeiten wolle. Die „Berliner“ gaben zwar eine Erklärung ab, die jedoch nicht viel besagte und nicht verhindern konnte, daß der Antrag des Kollegen Imbusch gegen etwa 10 Stimmen angenommen wurde. Kollege Stegerwald erklärte dazu, daß der Ausschuss alsbald mit dem Verband (Stz Berlin) in Verbindung treten würde, um zu erörtern, ob es möglich sei, eine Grundlage zu finden, die ein weiteres Arbeiten der Herren vom Stz Berlin im Rahmen des Deutschen Arbeiterkongresses ermögliche.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Stürmisch begrüßte man Graf Posadowski, der einem großen Teile der Kongresshandlungen beigewohnt hatte, das Wort zu folgender Schlußansprache:

„Sie haben erklärt, daß dieser Kongress ein sozialer Kongress sein soll, und Sie wissen, daß in den letzten Jahren die Sozialpolitik des Reiches und die sozialpolitischen Anschauungen aller derer, die sich zu ihr bekennen, heftige praktische und theoretische Auseinandersetzungen gefunden haben. Soweit ich sie gelesen habe, erinnern sie mich an eine Geschichte des klassischen Altertums. Diese Geschichte erzählt von einem Mann namens

Heraklitos,

der sich berühmt machen wollte, indem er einen der schönsten Tempel anzündete. Ähnlich scheint es mir mit den Angriffen gegen die deutsche Sozialpolitik zu liegen. Man wirft ihr

vor, daß sie das Verantwortlichkeitsgefühl herabsetze und die Spannkraft der Arbeiter erschlafe. Ich frage: Wird die Spannkraft eines einzelnen Arbeiters herabgesetzt, wenn er durch Krankheit, Unfall oder Alter arbeitsunfähig geworden, das Notwendigste zu seinem Lebensunterhalt findet? (Stürmische Zustimmung.) Man sagt, daß Fälle von Täuschung, von Rentenerschleichung vorgekommen sind — sicher, aber so etwas kommt auch in anderen Ständen vor. Wird doch jetzt anlässlich der Wehrreue ein Generalpardon für Steuerhinterziehungen erlassen! Daraus könnte man folgern, daß auch unter den Besitzenden Personen vorhanden sind, die zum Schaden des Staates und der Allgemeinheit sich unlautere Vorteile zu verschaffen suchen. Das Beispiel der heroischen Kampfweise hinkt aber doch in einer Beziehung, denn Heraklitos begnügte sich nicht damit, den Tempel anzuzünden, sondern er sprang auch hinein und fand den Flammentod; so weit, glaube ich, werden die Gegner der deutschen Sozialpolitik nicht gehen. (Stürmische Heiterkeit.) Die deutsche Sozialpolitik, die den deutschen Arbeiter in seiner Befähigung gehoben hat und die in ihren verschiedenen Einrichtungen ihn geistig gebildet, sein gesellschaftliches Niveau gehoben hat,

diese Sozialpolitik angreifen, heißt einen der schönsten Tempel der deutschen Arbeitskraft und Schaffensfreudigkeit zerstören!

(Stürmischer Beifall.) Wenn ich in früheren Jahren ins Ausland kam, hat man mir stets mit Bewunderung die deutsche Sozialgesetzgebung gerühmt; nichts hat so sehr zu dem Ansehen des deutschen Vaterlandes beigetragen. Daß wir auf dem rechten Wege uns befinden, kann man schon daraus ersehen, daß fast alle Kulturstaaten unsere Sozialgesetzgebung nachgeahmt haben, zum Teil direkt kopiert haben. Wer Gegner der Sozialpolitik ist, muß nie das Schicksal einer deutschen Arbeiterfamilie kennen gelernt haben, die ihres Ernährers beraubt worden ist, oder er muß ein dreimal gewanztes Herz in der Brust haben! (Stürmischer Beifall.) Sie stehen im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sich feindlich dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstellt; Sie wollen ein gleichberechtigtes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft sein und in ihr mitarbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) Darin liegt die tiefe Klüft, die Sie von der deutschen Sozialdemokratie trennt. Es ist eine harte Prüfung für das Deutsche Reich, daß, nachdem es so glänzend sich erheben hat aus jahrhundertlangem Elend, durch das Volk ein so tiefer Schnitt geht. Trotzdem wir nicht vergessen, daß auch die Sozialdemokraten Deutsche sind, und wir dürfen nie die Hoffnung aufgeben und kein Mittel verfehlen, sie zurückzuführen in die bürgerliche Gesellschaft. (Stürmischer Beifall.) Das sind sehr ernste Fragen. Es geht ein ernster Kampf gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung und namentlich gegen das den Arbeitern garantierte Recht, sich zu vereinigen. Darüber sollten sich die Kreise, die den Arbeitern dieses Vereinigungsrecht verkümmern wollen, klar sein: auch wenn es gelangt, die Sozialdemokratie zu überwinden — und das hoffen wir (Lebhafte Zustimmung) — eine Arbeiterpartei wird immer in Deutschland bestehen! (Minutenlanger stürmischer Beifall.) Daß sich unser Arbeiterstand mit seinen Kollegen vereint, ist ganz natürlich, denn durch unsere Zeit geht der korporative Geist. Will man dem Industriearbeiter in einer Zeit, in der sich alles organisiert, kartelliert, syndiziert, dieses Recht mißgönnen? Will man dem Industriearbeiter, der in den Betrieben oft unter Gefahr seines Lebens und unter großer Verantwortlichkeit tätig ist, verwehren, sich mit seinen Arbeitskollegen zu vereinigen?

Man hat ja jetzt gewisse

gesetzgeberische Maßnahmen

in Aussicht genommen. Es ist selbstverständlich, daß in einem geordneten Staat die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten werden und daß der Einzelne gegenüber Uebergriffen gesetzlich geschützt werden muß. Das gilt auch für die Arbeiter, und der aus der Sozialdemokratie hervorgegangene frühere französische Ministerpräsident Briand hat dieses Recht und die Pflicht des Staates betont, unbedingt für den Schutz des Einzelnen und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen. Aber durch wesentliche Strafverschärfung wird man in großen Arbeiterkämpfen Ausschreitungen Einzelner niemals verhindern. Ich habe stets in meiner langen Erfahrung gefunden, daß Ruhe und Ordnung nicht abhängt von Strafgesetzen, sondern von einer ruhigen, besonnenen und tatkräftigen Polizei. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe die Ueberzeugung, daß die bestehenden Gesetze durchaus ausreichen. (Stürmischer Beifall.) Wenn man durchaus eine Änderung eintreten lassen will, dann müßte man alle Spezialgesetze aufheben und nur ein Gesetz schaffen, das die Einschüchterung und Erpressung für jeden unter Strafe stellt. Ich bin auf Grund meiner politischen Erfahrungen Gegner jedes Ausnahmengesetzes. (Stürmischer Beifall.) Ausnahmengesetze kommen mir vor wie gewisse Medizinamente, die zwar vorübergehend den Schmerz lindern, aber schließlich den ganzen Organismus schädigen. Ich halte es nicht für unbedenklich, mit Rücksicht auf die Stimmung in den Arbeiterkreisen, derartige Anträge überhaupt zu erörtern; aus parteifaktischen Gründen sollte man davon absehen!

Dieser Kongress muß in Ihrem Leben ein großer Tag sein. Das Leben des Einzelnen geht vorüber, ewig aber ist das Leben eines Volkes, und den größten Teil des Volkes bilden diejenigen, die mit ihrer Hände Arbeit Werte schaffen. (Stürmischer Beifall.) In allen Staaten, auch in den republikanisch regierten, wird von einer Aristokratie des Besitzes, Geistes oder Geburt regiert, und jeder hat das Recht, sich hinauszuarbeiten, aber den führenden, besitzenden Klassen erwächst daraus auch die Pflicht, sich der Rechte und Interessen der nichtbesitzenden Klassen anzunehmen. Diejenigen, die sich dieser Pflicht bewußt sind, werden auf Widerhall bei den Arbeitern rechnen können. Sie bestehen hier aus christlich-patriotischen Vereinen, und unter diesem Zeichen hoffen Sie ferner zu kämpfen und auch zu siegen. (Beifall.) Ich hoffe, daß die kommenden Geschlechter noch einmal die Zeit erleben werden, wo der tiefe Miß, der heute durch unser Volk geht, geheilt und das deutsche Volk wieder ein einziges Volk von Brüdern sein wird. (Beifall.) Fahren Sie fort, für das geistige und sittliche Wohl des Arbeiterstandes zu sorgen, dann erweisen Sie nicht nur dem Arbeiterstand, sondern dem gesamten deutschen Volk einen unschätzbaren Dienst! (Stürmischer minutenlanger Beifall und Hochrufe.)

In seiner Schlußrede hob der Vorsitzende, Kollege Stegerwald, die Bedeutung des Kongresses hervor. Es seien verschiedene Kräfte an der Arbeit gewesen, das Gelingen des Kongresses zu zerküßern. Es sei auch versucht worden, hohe kirchliche Würdenträger gegen den Kongress einzunehmen. Das habe aber keinen Erfolg gehabt. (Stürmischer Beifall.) Der Kongress habe sich weiter gegen das Kartell der schaffenden Stände gemeldet. Wenn der Bund der Landwirte den lüdenlosen Bolltarif

verlange, so müssen wir erklären, daß wir uns nicht mehr wie 1902 und wie bei der Finanzreform vor die vollendete Tatsache stellen lassen werden. Die Steuerungszeiten sind uns eine Warnungstafel. Die Kreuzzeitung meinte, daß wir aus nationalen Gründen auch die Gelben hinzuziehen sollten. Erst sollte die Kreuzzeitung einmal mit dem Hansabund gemeinsam ein Agrarprogramm aufstellen. Die christliche Arbeiterbewegung ist nicht dazu da, die bestehende Gesellschaftsordnung nur zu loben, und es ist nicht nur das Recht des Bundes der Landwirte oder des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, an den Tagesfragen Kritik zu nehmen. (Lebh. Beifall.)

Stehend sang die Versammlung „Deutschland, Deutschland über alles“. Dann erklärte Kollege Stegerwald den dritten Deutschen Arbeiterkongress für geschlossen.

Telegrammwechsel mit dem Kaiser.

Auf Vorschlag des Kollegen Behrens sandte der Kongress an den Kaiser folgendes Huldigungstelegramm: „Euer Majestät bringt der dritte Deutsche Arbeiterkongress, der mehr als 300 Vertreter von Arbeiter- und Angestelltenverbänden mit 1 1/2 Millionen den verschiedensten Berufen und Erwerbszweigen angehörenden Mitgliedern umfasst, ehrerbietige Huldigung und die Versicherung unwandelbarer Treue und monarchischer Gesinnung dar. In freudiger Anerkennung der Tatsache, daß während der 25jährigen Regierungszeit Eurer Majestät unser Vaterland einen gewaltigen Aufschwung seiner Wirtschaft und seiner Kultur genommen hat, gegreundet auf das Zusammenwirken aller Stände, bekennet sich der Kongress zur Thronrede von 1912 und hofft, daß der Geist der sozialen Reform und Fürsorge, der seit einem Menschenalter in der Gesetzgebung des Reichs einen hervorragenden Platz einnimmt, auch fernerhin walten möge. Die auf dem Kongress vertretenen Vereinigungen sind sich ihrer bedeutungsvollen Aufgabe bewußt, mitzuwirken an der Erhaltung und Förderung treudeutscher Gesinnung und nationalem Bewußtsein in unserem Volke, sowie in der Abwehr aller vaterlandsfeindlichen Bestrebungen.“

Darauf lief aus Donaueschingen folgende Antwort ein: „Den dort verammelten Vertretern von deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbänden danke ich für die freundliche Begrüßung und die erneute Versicherung treuer Anhänglichkeit. Wie in den verfloßenen 25 Jahren meiner Regierung, deren der Kongress mit freudlichen Worten gedenkt, werde ich auch künftig der Fürsorge für die Arbeiterschaft dieselbe Förderung wie der Wohlfahrt der übrigen Erwerbsstände zuteil werden lassen. Ich vertraue, daß die christliche Arbeiterschaft ihr Teil dazu beitragen wird, den sozialen Frieden zu fördern und das wohlverdiente Ansehen des deutschen Arbeiters in der Welt allzeit aufrecht zu erhalten. Wilhelm.“

Das Telegramm wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Stegerwald wies besonders darauf hin, daß der Kaiser, wie bei den früheren Kongressen so auch diesmal dem Kongress persönlich seinen Gruß entboten habe.

Allgemeine Rundschau.

Schwenkung nach links? Die christlichen Gewerkschaften haben das Verdienst, zuerst in nachdrücklicher Weise auf die gefährlichen Strömungen hingewiesen zu haben, welche sich aus dem Zusammenschluß der Großindustrie, eines Teiles der Landwirte und einer Vertretung des Mittelstandes ergaben. In unserer Presse ist mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß es sich bei diesem Zusammenschluß im letzten Grunde um eine Koalition gegen die Arbeiterbewegung handele, mit dem Zwecke, ein weiteres Aufsteigen unseres lohnarbeitenden Standes nach Möglichkeit zu verhindern. Die ganze uns nicht befreundete Arbeiterpresse zeigt sich überrascht von unserer entschiedenen Stellungnahme und insbesondere davon, daß alsbald Schritte eingeleitet wurden, um die Deffektivität in weitestem Umfange über das aufzuklären, was sich da im stillen vorbereitet hat. Weil aber doch der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Verdienst von gegnerischer Seite nicht gut zugestanden werden kann, darum sucht man für uns nach einer sogenannten „Begründung“ für unsere Stellungnahme. Und wer sucht, der findet auch immer etwas. Auf diese Weise ist das Wort von einer Linkschwenkung der christlichen Gewerkschaften bereits hier und da aufgetaucht.

Auch das wieder ist charakteristisch für die Behandlung, welche man unserer Bewegung angedeihen läßt. Daß uns sachliche Gründe leiten können, will man absolut als ausgeschlossen hinstellen. So kommt es, daß das eine Mal gesagt wird, wir seien nach rechts abgelenkt, das andere Mal hinwiederum nach links. Natürlich handelt es sich in beiden Fällen um leere Kombinationen. Unsere Stellung wird von nichts anderem diktiert als von dem Wunsche, die der Bewegung anvertrauten Arbeiterinteressen in der besten Weise wahrzunehmen.

Der trampfhafte Versuch, unseren Handlungen allerhand Motive zu unterstellen, zeugt von der Verlegenheit der Gegner unserer Stellungnahme gegenüber. Was wäre natürlicher, als daß dem Zusammenschluß der Arbeiterfeinde eine möglichst weitgehende Bekämpfung unter allen Arbeiterorganisationen entgegengestellt würde? Aber der Gedanke wird nicht einmal erwogen! Ueber alles geht doch noch die Verdächtigung und Bekämpfung der christlichen Gewerkschaftsbewegung! Trotzdem heißt es nachher, daß wir für das Mißlingen irgendwelcher Aktionen die Verantwortung trügen. Unsere Mitglieder mögen an diesem typischen Vorkommnis sehen, wie es gemacht wird. Zugleich aber mögen sie daraus ihre Ueberzeugung mehr noch wie bisher befestigen,

daß ihre Interessen nirgendwo besser gewahrt sind wie bei den christlichen Gewerkschaften. Diese haben durch ihr Programm die größte Bewegungsfreiheit und benutzen dieselbe, um sich den Schwächlingen der Arbeiterfeinde in der geschicktesten Weise entgegenzustellen. Nur auf dieser Linie liegt dann auch der schließliche Erfolg.

Gegen die Sozialpolitik. Wir standen dem sogenannten Kartell der schaffenden Arbeit von vornherein mißtrauisch gegenüber. Die Anschauungen über Koalitionsfreiheit und Sozialpolitik, die gerade von den mächtigsten der dem Kartell angeschlossenen Organisationen vertreten werden, waren nur zu sehr geeignet, die Arbeiterschaft süchtig zu machen. Heute zeigt sich mehr und mehr, daß unser Mißtrauen berechtigt war. Die Kölnische Zeitung (Nr. 1354) bringt einen Bericht über eine vom Rheinisch-Westfälischen Landesauschuß des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes veranstaltete Kundgebung, bei der Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks und des kaufmännischen Mittelstandes ein Kartell der schaffenden Arbeit empfahlen. Die Kundgebung fand in Essen statt. Da sie sich hauptsächlich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigte, sind die dort gemachten Ausführungen für uns doppelt interessant.

Der Vertreter der Landwirtschaft, Freiherr von Doe, bedauerte die ablehnende Haltung der Arbeiterschaft und suchte deren Bedenken zu zerstreuen. Nach ihm sprach ein Vertreter der Industrie, Herr Kommerzienrat Vorster aus Köln. Im Gegensatz zu seinem Vordredner zeigte dieser Herr offen und klar, was die eigentlichen Väter des Kartells mit diesem bezwecken. Nach Vorster soll das Kartell ein Schutzverband gegen die Uebersozialpolitik sein. Er stimmt auch einem angeblichen Wort des Grafen Waldersee bei, das unsere Sozialpolitik als einen schweren Fehler bezeichnet; sie habe den Arbeiter nicht zufriedener, sondern begehlicher gemacht. Auch die Gesellschaft für soziale Reform ist Herrn Vorster ein Dorn im Auge. Sie bestrebe zum größten Teil aus Professoren. In Düsseldorf habe diese Gesellschaft zwei Punkte verhandelt, die für den Praktiker längst abgetan seien, nämlich Tarifverträge und Eingangsämter. In Zeiten eines Konfliktes pfeife die Arbeiterschaft auf beides. Sie werfe in Zeiten der Erregung die Broden hin und kümmerge sich gar nicht um Kündigung und Verträge. „Derartige theoretische Betrachtungen über Tarife sind für uns, die wir die Praxis kennen, vollständig wertlos“ meinte der Redner. Dann brach er noch eine Lanze für die gelben Werkvereine, und bezeichnete das Kartell weiter als einen Schutzverband gegen ein Steuersystem, das nur den Besitzenden und den Gewerbetreibenden Lasten auferlege und die anderen fast vollständig steuerfrei lasse.

Auch unserer Sozialversicherung rühte der Herr Kommerzienrat zu Leibe, und zwar ebenfalls recht forsch. Nach ihm war die Angestelltenversicherung nicht so dringend. Ueberhaupt unterbinde die Versicherungsseuche jedes Gefühl für Selbsthilfe. Wir seien in der Sozialpolitik zu weit gegangen und hätten über ihr die Weltpolitik vergessen. Jetzt werde ein neues Gebiet der Versicherungsseuche aufgerollt, die Arbeitslosenversicherung. Hier zitierte der Redner eine Aeußerung des Freiherrn von Wangenheim über die Arbeitslosenversicherung. Sie lautet: „Wir lehnen sie ab. Wir können nicht fortwährend Hunderttausende erziehen, die immer nach Arbeit schreien, aber keine haben wollen.“ „Sehnsucht heitere Zustimmung“ verzeichnet der Bericht. Der Redner betonte dann noch, daß Deutschland nicht allmählich zu einer Versorgungsanstalt werden dürfe.

Damit haben wir die kräftigsten Stellen wiedergegeben. Wir müssen gestehen, soviel an tendenziösen Verallgemeinerungen, an unabweisbaren und haltlosen Verdächtigungen und maßlosen Uebertreibungen haben wir selten zusammengesehen. Wir wünschen dem Herrn Kommerzienrat nur das eine, daß er mal ein paar Jahre lang als armer Textilarbeiter sein Leben fristen müßte und auch die Schreier der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe zu spüren bekäme, er würde seine sozialpolitischen Ansichten wohl bald einer gründlichen Revision unterziehen. Uebrigens ist dem Herrn Kommerzienrat schon aus dem Deutschen Arbeiterkongreß in Berlin eine Antwort zuteil geworden, die an Deutschland nichts zu wünschen übrig läßt.

Eine Absage? Der Redner des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes Herr Generalsekretär Dr. Lewes, vertrat auf der bereits erwähnten Tagung des Verbandes hinsichtlich der sozialpolitischen Bestrebungen einen Standpunkt, der immerhin wesentlich abweichend von den Ausführungen, die der Kommerzienrat Vorster machte. Er suchte nach der „Köln. Ztg.“ dem Einwurf, daß das Kartell der schaffenden Stände die zur Wirklichkeit gewordene Reaktion sei, wie folgt zu begegnen:

„Will man mit diesem Vorwurf sagen, daß in dem Kartell der große antisoziale Mord entstanden sei, so macht man sich einer Zurechnung schuldig. An eine Zurechnung der deutschen Sozialpolitik denkt niemand (?). Die Eingliederung der heillosen Massen an das Volksganze, so daß sie sich als anerkanntes Glied unserer Volksverfassung fühlen, ist ein so hohes Gut nach unserer Auffassung, daß wir alle dafür Opfer zu bringen bereit sind. Es kann deshalb nicht die Rede sein von einem Stillstand der sozialen Gesetzgebung. Dies ist ein Punkt, wo die Ansichten verschieden sind. Aber da wir der Ansicht sind, daß der Beruf gebildet wird von dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Nachwuchs, so sind wir auch der Ansicht, daß da ein wirtschaftlicher Ausgleich auf

gesunder Basis geschaffen werden muß, und da wollen wir auch mitarbeiten. Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband will alle Berufsgruppen ohne Ausnahme zusammenfassen. Wir verkennen nicht, daß tausend Fäden uns mit der Lohnarbeiterschaft verbinden, und die Volkswohlfahrt gedeiht nur, wenn diese Fäden nicht zerrissen werden. Mit der nationalen Arbeiterschaft verbindet uns die gleiche Liebe zur Heimat. Durch unsere ganze Arbeit ist diese Arbeiterschaft mit uns auch wirtschaftlich und sozial aufs engste verknüpft. Die Arbeiterschaft soll sich wohlfühlen in unserem Gemeinschaftsbau. Deshalb finden die Wünsche des Arbeiters, seine wirtschaftliche Lage zu heben, unsere Förderung. Wir wollen die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs des Arbeiters oder seiner Kinder in den Mittelstand fördern. Wir wollen, daß sein Verlangen weitergehe, als Staatspensionär zu werden, und auch, daß er das Ansehen in die gewerbliche Selbständigkeit nicht bloß als ein münchenswertes, sondern auch als ein erreichbares Ziel betrachtet.“

Das klingt ja wesentlich verschieden von dem, was Herr Vorster sagte. Indes, dessen Ausführungen zeigen schon, daß es doch Kreise gibt, die an eine Zurückbildung der Sozialpolitik denken, die zum mindesten entschlossen sind, jeden weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung zu verhindern. Und diese Kreise haben den maßgebenden Einfluß im Kartell. Ihre sozialreaktionären Bestrebungen sollen durch letzteres gefördert werden. Es ist ihnen ja auch in der Frage des Arbeitswilligenschutzes bereits gelungen, selbst weite Kreise des Handwerker- und Mittelstandes vor ihren Karren zu spannen. Man kann es uns darum nicht verübeln, wenn wir trotz der Ausführungen des Herrn Lewes unsere Bedenken beibehalten.

Sozialdemokratische Zweifler. Die sozialdemokratische Partei hat sich auf ihrem Parteitag in Jena mit der Arbeitslosenfrage beschäftigt und eine große Aktion in Szene gesetzt. Es scheint aber, als wenn manche Genossen recht pessimistisch sind, soweit ein Erfolg in Frage kommt. Es dämmert ihnen die Ohnmacht der sozialdemokratischen Partei. Der „Zimmerer“, das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, eines der radikalsten Gewerkschaftsorgane, schreibt in Nr. 46 zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Partei folgendes:

„Es ist daher erfreulich, daß der diesjährige Parteitag beschlossen hat, den Kampf gegen das Arbeitsloseneind aufzunehmen. Nur droht die Gefahr, daß sich die ganze Aktion in Parlamentstreiben, Reden in Landtagen und Stadtvorordnetenkongressen erschöpft und so auch zu nichts führt.“

Dem Zimmererorgan scheint die „positive“ Arbeit der Sozialdemokratie zweifelhaft zu werden, wenn auch in einem weiteren Artikel derselben Nummer von der „positiven“ Arbeit der Sozialdemokratie geredet und mitgeteilt wird, daß von den 110 sozialdemokratischen

Eindrücke vom dritten Deutschen Arbeiterkongreß.

Von Ina Sünemann.

Glühendes Bogenlampenlicht flimmert über die vielhundert Köpfe weg, über die langen, weißgebedekten Tische, über die dichtbesetzten Logen und Galerien, flutet an den hohen, grau-grünen Wänden herunter und blüht in der Goldornamentik an der Decke auf.

Die Rednertribüne, umgeben von dunkelfeierlichem Grün, darin die lorbeerbesäumte Wüste des Kaisers. Gleich davor die Vertreter der Behörde, der einzelnen Reichstagsfraktionen, die Presse. Der Rahmen des dritten Deutschen Arbeiterkongresses, das Lehrervereinshaus, ist nicht so großartig wie der der Essener Tagung.

Draußen stäubt der Novemberregen herunter und hüllt Berlin in dämmerndes Grau, in die Trostlosigkeit des matten Weltstadtmorgens, der die verwirrend flimmern den Lichter und die tollende Wust der Nacht, das traumhafte Bild der Menschenwogen in eleganten Straßenzügen, der weithin triumphierenden Lichtreklame und der dahinschießenden lauten Autos in eine merkwürdige „Katerstimmung“ wandelte. Das faule Regengrau trifft sich auf seinem Weg durch die hohen Glasfenster mit der gelbweißen Saalbeleuchtung.

Deutscher Arbeiterkongreß! Hatten wir nicht einstmals eine Zeit, da man diesen Begriff vergeblich in dem Wörterbuch des Staats- und Bürgerlebens gesucht hätte? Die Zeit, da der einzelne Arbeiter der unbedeutende Teil einer dunklen Masse war, die in eintönigem Tagewerk und dumpfem Denken die Unterschicht eines Volkes bildete.

Die Zeit, da es für den Arbeiter nichts gab als Arbeit — und ohne Arbeit bittere Not. Eine Tagung von tieferer Bedeutung, dieser dritte Deutsche Arbeiterkongreß in Berlin! In seinem Aufbau und Verlauf hat dieser Kongreß ein Bild des Emporstrebens des heutigen deutschen Arbeiterstandes. Der Arbeiterschaft, die, wie es im Antworttelegramm des Kaisers heißt, dazu beitragen wird, die soziale Idee zu fördern und das wohlverdiente Ansehen des deutschen Arbeiters in der Welt allezeit aufrecht zu erhalten!

Die Kongreßteilnehmer tragen als Abzeichen kleine schwarz-weiß-rote Schleifen. Vor einem jeden liegt die handliche große Mappe mit dem Material: Geschäftsordnung, Anwesenheitsliste, Auszüge aus Referaten, Schreibutensilien. Die Vaterländische Verlags- und Kaufmannschaft hat der Teilnehmer die Behrensche Schrift: „Die Deutsche Volksversicherung. Ihre Gründung und Bedeutung“ gewidmet.

Durch die breite hohe Glasür sieht man eilige Nachzügler kommen. Herzliche Handdrücke und frohes Augenleuchten. Das Leben hat sie verschiedene Wege

geleitet, und dieser Tag führt sie wieder zusammen. Fast 400 Delegierte. Alle deutschen Dialekte sind vertreten. Es ist keine Konferenz diplomatisch kugeln der Geister, keine wohlberednete Wirkung und bewußte Theatralik, sondern ernste Arbeit und Kraft! Ein gütiges Geschick erhalte dem deutschen Lande seine christlich-national gesinnten Arbeiter!

Hier sitzt die markige Gestalt des Metallarbeiters, daneben die lebhaften Persönlichkeiten der rheinischen Textilindustrie. Gegenüber der Bauhandwerker mit seinen festzugreifenden Händen, daneben der Bergarbeiter in der den Beruf erkennenslassenden gebeugten Haltung. An einem langgestreckten Tisch die weiblichen Delegierten.

Ein Zeichen der Zeit! Die Frau ist hier in der Wahrung ihrer Interessen dem Manne, dem Arbeitskollegen gleichgestellt. Sie spricht für ihre Mitgeschwestern, sie spricht zielbewußt, einfach und schlicht.

Die Frau der Arbeit! Die erwerbstätige Frau, die als Heimarbeiterin wohl das schwärzeste Lebenslos gezogen hatte. 66 Pfg. für das Ueberziehen von wohlgezählten zwölf Regenjacken. 1 Mark 90 Pfg. für das Nähen von einem Duzend Kinderkleidern.

Wenn unsere Großmütter ihre Enkelinnen gesehen hätten, die in einer „Männerversammlung“ das Wort ergrißen, ihren Antrag klar begründeten und aus warmem Frauenherzen beantworteten!

Ein feierlicher Eindruck, die Eröffnung am Sonntag! Man kann auf eine gute Wegstrecke zurückblicken. Eine Straße, die durch Geßtrupp und Geröll aufwärts führt. Man hätte die Massen, deren Vertreter hier saßen, herbeiwünschen mögen, daß sie das Bild des Kongresses in sich aufnahmen, auf daß das Gefühl in ihnen erstärke: Du bist auf dem richtigen Weg, die Wahrung deiner Interessen ist in guter Hand und du kannst stolz sein auf deinen Entwicklungsgang, deutscher Arbeiter! Mit freier Stirn, freiem Herzen kannst du dich zu deiner christlichen Gewerkschaft bekennen.

Die Referate, eine Reihenfolge volkswirtschaftlicher und sozialer Probleme, schienen auch für Nichtangehörige des Arbeiterstandes von Interesse zu sein, wie die Zusammenfassung der großen Zuhörerschaft bewies.

Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland. Die Fürsorge des Staates für die wirtschaftlich Schwachen ist die höchste Aufgabe des Gemeinwesens. Das bedeutungsvolle Thema in künstlerischem Aufbau. Der Psychologe spricht, der Idealist, der trotz allem tief in der Wirklichkeit wurzelt.

Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner. Kennst ihr den wackeren Kämpfer mit den starken, fest zugreifenden Händen und dem fühlenden Herzen? Der erfahrenste Praktiker, der Realist, der mit offenem Auge durchs Leben geht, spricht zu dem Kongreß.

Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter. Ein wichtiges Kapitel unserer Tage! Arbeitswilligenschutz

und Streitposten. Unternehmerstandpunkt und Arbeiterrecht. Die Ansichten sind nicht immer die gleichen. Die Männer der christlichen Gewerkschaften kämpfen um ihr vitalstes Recht. Der eine mit sachlicher Ueberzeugung, der andere mit dem schwer zu bändigenden Naturell des einfachen Mannes, das in flammender Abwehr auflodert gegen das Gebundenwerden in eiserne Fesseln.

„Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung“. Der Referent Stegerwald spricht vergleichend, abwägend, und mit scharfem Verstande urteilend. Spricht dem Arbeiter aus der Seele und weiß, was er von der sozialen Reform will.

„Wohnungsfrage“. Welche Bedeutung hat sie besonders für den Arbeiter? Kennt ihr die Wohnungsnot der Arbeiterfamilien in der Großstadt? Ihr Glücklichen auf dem flachen Land! Mit euren kleinen Eigenhäuschen, dem Gärtchen und der frischen Luft! Seht einmal eure pausbäckigen Buben und stellt daneben das blasse, blutarme Gesicht der licht- und luftlosen Arbeiterwohnung der Industriestadt!

„Arbeitslosenfürsorge“. Das letzte Referat des Arbeiterkongresses, der letzte der mächtigen Bausteine, die zu dem stolzen Gebäude der Sozialreform auf dem Kongreß zusammengetragen wurden.

Dem Beobachter mußte besonders interessant sein zu hören, wie sich der Mann, der sich aus eigener Kraft emporgerungen hat, an der Diskussion beteiligt. Wie frei und fest er spricht, ohne die Aufmachung rednerischen Glanzes, ohne die Verlogenheit unserer modernen Gesellschaft. Aber mit der unmittelbar wirkenden Kraft der Ueberzeugung.

Während der beiden letzten Tage war das Publikum nicht mehr sehr stark vertreten. Die Vertreter der Reichstagsfraktionen teilten ihre Zeit in Kongreß und Reichstag. Unter diesen Pflichtgetreuen fiel besonders der greise Graf Bogdanowky auf. Auch die Angehörigen der Sozialistischen Bewegung folgten in ihren Logen den Verhandlungen mit aufmerksamem Interesse. Wie durch die Welt der Arbeiter, so weht auch durch die junge akademische Welt ein frischer, neuer Zug.

Die Vogenlampen flackern und zischen. Stegerwald spricht das Schlusswort. Vier Tage ernster Arbeit. Und nun der feierliche Abschluß mit dem Gelöbnis: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! Der Kongreß, ein Markstein in der deutschen Arbeitergeschichte, ist zu Ende.

Draußen brandet der Verkehr auf dem Alexanderplatz, das Flimmern der Lichtreklamen spiegelt sich auf dem regennassen Asphalt. Der Pulsschlag der Weltstadt im abendlichen Fieber! Am nächsten Tage soll noch eine interne Konferenz der christlichen Gewerkschaftler sein. Dann gehts ans Abschiednehmen. Zurück in die Keviere der arbeitenden Hände.

Mit Gott in die neue Zeit hinein!

Abgeordneten 92 allein im letzten Sektionsabschnitt des Reichstags das Wort ergreifen hätten. Was mag da alles zusammengeredet worden sein? Ob es auf diese Vielzweckerei gemünzt ist, wenn das Zimmerorgan in derselben Weise weiter schreibt?

„Man wird also gegenüber noch so schönen Reden der Arbeitervertreter die geläufige Haltung einnehmen: Laß schwätzen!“

Das wird das Beste sein! Die christliche Arbeiter-schaft hat das schon immer befolgt. Sie hat die sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ schwätzen lassen und hat gehandelt.

Unsaubere Waffen. Mit welchen unlauteeren Mitteln die Sozialdemokratie anfänglich der gegenwärtigen Krankentassenwahlen die christliche Arbeiterbewegung zu verächtlichen sucht, zeigt ein Flugblatt, das in Lrier und anderen Orten von der sozialdemokratischen Richtung verbreitet wurde. In diesem Machwerk werden eine Reihe von Verfehlungen und Unterschlagungen als Schuldkonto der christlichen Arbeiterbewegung angeführt aus Krankentassen und sonstigen Vereinigungen, mit denen die christlich organisierten Arbeiter auch nicht die geringsten Berührungspunkte haben. So werden beispielsweise Unterschlagungen aus Neu-Cölln, Rathenow, Barmen, Weimar, Gebweiler usw. in dem Flugblatt breitgetreten, wo die christlichen Arbeiter bisher auch nicht den geringsten Einfluß auf die Krankentassen hatten. Auch von einem „nationalen“ Krankentassenbeamtenverband, dessen Vorsitzender ebenfalls wegen Unterschlagung verurteilt sein soll, ist den christlichen Arbeiterorganisationen nicht einmal die Existenz bekannt. Unehrlüche Agitationsmache der Sozialdemokraten bringt es jedoch fertig, Vorfälle aus diesen Einrichtungen gegen die christliche Arbeiterbewegung im Wahlkampfe auszuschlagen. Die vielen gerichtlich aufgedeckten Fälle von Mißwirtschaft und Korruption in sozialdemokratisch verwalteten Krankentassen werden aber selbstverständlich entweder totgeschwiegen oder sogar verteidigt. Die Miß- und Mißlingwirtschaft in Oberkloster, der Skandal in der Dörfelder Ortskrankentasse, die unglaubliche Korruption in der Solinger Ortskrankentasse, deren Vorsitzender, Obergrenze und Stadtverordneter Knoth mit einem Monat Gefängnis bestraft wurde, ferner der Fall von Leipzig, wo dem sozialdemokratischen Vorsitzenden wegen politischem Mißbrauch der Krankentasse von der Aufsichtsbehörde mit Amtsentsetzung gedroht werden mußte, das und noch vieles andere wird in dem sozialdemokratischen Lügenflugblatt natürlich nicht angeführt, weshalb der Vollständigkeit halber wenigstens kurz darauf hingewiesen sei. Mit den eingangs gekennzeichneten Wahllügen wird die Sozialdemokratie bei denkenden Arbeitern auf keinen Fall agitatorische Geschäfte machen.

Freigewerkschaftliche Neutralität. Im „Schwammfischblatt“ (45/1913), dem Organ des sozialdemokratischen Schwammfischverbandes, wird in einem Artikel über „Sozialdemokratie und Kirche“ aufdringliche Propaganda für den Austritt aus der Landeskirche gemacht; bezugnehmend auch für die Vertreibung der Volksschule. Durch den Austritt aus der Kirche könne der moralischen Entartung, der Unwahrhaftigkeit und Heuchelei im gesellschaftlichen und staatlichen Leben entgegengetreten und das Einzelgewissen wieder in seine Rechte gesetzt werden:

„... und was ist leichter, zumal für die meisten Sozialdemokraten, als der Austritt aus der Kirche! Dieser Massenstreik gegen die Kirche macht wirklich keine Schwierigkeiten. Er ist umso wirksamer, je weiter er fortgeschreitet, und eine Gegenwirkung ist ganz unmöglich. Im Gegenteil, die Kirche muß in äußerster Bedrängnis kommen. Je mehr Steuerzahler sie verliert, um so mehr muß sie die übrigen belasten.“

Diese Ausführungen kennzeichnen die ganze Tendenz dieses Artikels. Er wird von dem Organ einer Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht, die sich in der Agitation heuchlerisch als „religiös-neutral“ ausgibt.

Entlarvte Verleumdung. Daß behaupten und beweisen zweierlei ist, mußte kürzlich sowohl der Beamte des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes Albrecht-Köln, sowie der Redakteur der Rheinischen Zeitung Franke-Köln erfahren. Nach einem Bericht der Rheinischen Zeitung hatte Albrecht in einer Rede behauptet, der Gutenberg-Bund sei von Streikbrechern gegründet und von Streikbruch zu Streikbruch und von Verrat zu Verrat geschritten. Der Vorstand des Gutenberg-Bundes fragte sowohl gegen Albrecht wie gegen Franke. Albrecht bestritt, die zitierten Äußerungen getan zu haben. Da ihm nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte, wurde er freigesprochen. Franke lehnte einen Vergleich, in dem er zugeben sollte, daß er den Satz nicht aufrecht erhalte, da er ihn nicht beweisen könne, ab und wurde deshalb zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Kläger und Beklagte legten Berufung ein. Dem Gutenberg-Bund war es nicht darum zu tun, daß Franke bestraft wurde, sondern daß die stets wiederkehrende Behauptung des Streikbruchs abgetan werden soll. Albrecht schied aus der Lage aus, weil er die Äußerungen wieder bestritt. Franke bot in Verbindung mit Albrecht einen großen Beweisapparat auf. Zeugen aus Königsberg, Magdeburg, Münster usw. waren geladen. Der Gutenberg-Bund lud ebenfalls Zeugen. Nach vierstündiger eingehender Beweisaufnahme erklärte das Landgericht Köln, daß die Untersuchung zur Beurteilung des Falles genüge. Franke merkte, daß der Beweis in jeder Beziehung mißlungen war. Sein Rechtsanwalt bot deshalb kurz vor dem Urteilspruch einen Vergleich an und zwar denselben Vergleich, den er in der ersten Instanz abgelehnt hatte mit der Bemerkung, die Behauptungen könnten bewiesen werden. In dem Vergleich erklärt Franke, daß er die in dem Artikel in

bezug auf die Privatkläger gemachten Äußerungen, der Gutenberg-Bund sei von Streikbrechern gegründet, von Streikbruch zu Streikbruch und von Verrat zu Verrat geschritten nach der Beweisaufnahme nicht aufrecht erhalten will und kann und die Verleumdungen mit Bedauern zurücknimmt. Damit war erreicht, was der Gutenberg-Bund wollte, nämlich der gerichtliche Nachweis, daß die immer wiederkehrende Behauptung von Streikbruch nicht bewiesen werden kann. Damit ist endlich einmal der fortgesetzten Verleumdung ein Ende gemacht.

Deutsche Volksversicherung A.-G. — sozialdemokratische Volksfürsorge. Gegenüber der aufdringlichen Agitation der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ mit ihren angeblich besseren Bedingungen dürfte es angebracht sein, einmal zwischen der Volksfürsorge und der von christlich-nationaler Seite propagierten Deutschen Volksversicherung A.-G. einen Vergleich zu ziehen, wie es mit den Gewinnverteilungen in diesen Versicherungen aussieht.

Die „Deutsche Volksversicherung“, zu der die christlichen Gewerkschaften, evangelischen Arbeitervereine und katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands im Vertragsverhältnis stehen, schreibt von dem Gesamtgewinn zunächst einmal 80 Prozent den Versicherten vorweg gut. Bis zu 10 Prozent des Restes können zur Bildung außerordentlicher Rücklagen Verwendung finden. Erst aus dem dann verbleibenden Reste darf eine Dividende an die Aktionäre verteilt werden, welche den Höchstfuß von 4 Prozent des Stammkapitals aber nicht übersteigen darf. Es liegt auf der Hand, daß selbst bei gutem Geschäftsgang der Gewinn recht erheblich sein muß, wenn diese 4 Prozent des Stammkapitals erreicht werden sollen.

Die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ gibt zunächst ihren Aktionären 4 Prozent Dividende; erst der hiernach verbleibende Ueberschuß wird den Versicherten als Dividende zugeschrieben. Hier werden also zuerst die Aktionäre berücksichtigt, während bei der „Deutschen Volksversicherung“ zuerst die Versicherten kommen. Zu berücksichtigen ist dabei noch, daß die „Volksfürsorge“ ihren Aufsichtsratsmitgliedern außer dem Ersatz ihrer haren Auslagen eine Vergütung gewährt, die pro Jahr insgesamt soviel mal 250 M. beträgt, als der Aufsichtsrat Mitglieder zählt, während die „Deutsche Volksversicherung“ derartige Vergütungen nicht kennt.

Schrittmacher der Sozialdemokratie. In der Augsburger Maschinenfabrik hat die Wiege der gelben Werkvereine gestanden. Der Betrieb wird allgemein als gelbe Hochburg betrachtet. Die gelbe Bewegung in diesem Betrieb hat aber längst ihren Höhepunkt überschritten, sie geht offensichtlich zurück, während die sozialdemokratische Bewegung stetige Fortschritte aufzuweisen hat. Dieser Entwicklungsgang hat eine erneute Bestätigung bei den Betriebskrankentassenwahlen der Augsburger Maschinenfabrik gefunden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband brachte eine größere Stimmenzahl auf wie der gelbe Werkverein. Von 3258 abgegebenen Stimmen fielen auf die sozialdemokratische Liste 1516, auf die gelbe Liste 1417 und auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 289 Stimmen. Die Sozialdemokraten stellten 19, die Gelben 17 und die Christlichen 4 Vertreter zum Ausschuss der Betriebskrankentasse. Die offensichtliche Wirkung der gelben Bewegung ist also ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung, während die gelbe Bewegung zurückgeht, und die christlich-nationale Arbeiterbewegung in ihrer Ausbreitung behindert wird.

Ein ähnliches Resultat zeitigte die Vertreterwahl zur Barmer Ortskrankentasse. Der Ausfall dieser Wahl ist ein vernichtendes Urteil über die Gelben. Am 21. Juni sandten die Wuppertaler Werkvereine, versammelt auf ihrem ersten Stiftungsfeste im Elberfelder Zoologischen Garten, ein Telegramm an den Kaiser, in welchem 3000 Mitglieder ihre Grüße entboten. Also 3000 Mitglieder im Juni. Seitdem ist fast keine Wochennummer des „Wuppertaler Werkvereins“ erschienen, in welcher nicht mit marktschreierischen Worten die Gründung immer neuer Werkvereine und rapide Mitgliederentwicklung der bestehenden Vereine verkündet wurde. Wo waren diese tausende von Mitgliedern bei den Krankentassenwahlen in beiden Wuppertalstädten? 207 Stimmen in Barmen und 204 in Elberfeld, ganze 411 Stimmen im ganzen Wuppertal! Das sind die Gelben. Bringt man hiervon die Stimmen der Angestellten in Abzug, so bleibt ein so lächerlich kleiner Rest, daß es einem wirklich leid tun kann um all?? lassen für die Aufpöpelung der gelben Vereine.

Gewählt haben sie, die Mitglieder der gelben Werkvereine. Wenn die angegebenen Mitgliederzahlen stimmen, dann ist es schade um das schöne Geld, welches die Unternehmer sich haben abknöpfen lassen. Tausende Werkvereiner haben mit dem Stimmzettel ihre Ueberzeugung kund gegeben und zwar gegen die gelben Werkvereine, in die sie gegen ihren Willen hinein gepreßt wurden. Die christlich-nationale Liste ist aber sicher von wenigen Gelben gewählt worden. Die Mehrzahl wird der Macht der Gewohnheit und der innersten Ueberzeugung entsprechend rot gewählt haben. Und diese Blutapfelstein werden von Herrn Arnold als der wirksamste Schutz gegen die Sozialdemokratie gepriesen!

Nein, als einzig haltbarer Damms gegen die rote Flut hat sich auch bei dieser Wahl wieder allein die christlich-nationale Arbeiterbewegung erwiesen. Diese Bewegung erzieht Charaktere, erzieht Menschen, die auf Königstreue und vaterländische Gesinnung halten und fest auf dem granitenen Boden des christlichen Sittengesetzes stehend, ihre berechtigten Bestrebungen wirksam vertreten und eben deshalb einzig und allein die Sozialdemokratie überwinden können.

Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und besonders deren Kerntuppen, der christlichen Gewerkschaften, muß darum unsere Lösung sein, dann wird die Sozialdemokratie noch mehr als bisher zurückgedrängt werden können. Deshalb auf zu neuer Verbearbeitung und zu neuen Siegen!

Der neue Reichshaushaltsvoranschlag

für das Jahr 1914 ist angelegt auf 3495713671 M. in Einnahme und Ausgabe. Die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung werden berechnet auf 881268500 M., gegen das Vorjahr mehr rund 39 Millionen. Die Reichsdruckerei soll 13885000 M. einbringen, die Reichseisenbahnen 162246000 M. Die größten Einnahmen kommen aus Zöllen, Steuern und Gebühren, einschl. des Wehrbeitrags und der von den einzelnen Bundesstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge. Der Anfall beträgt im Gesamtbetrage 2265542265 M.

Die größten Ausgaben erfordert das Reichsheer. Im ordentlichen Etat sind dafür eingesetzt 871805789 Mark. Die Marine erfordert einen Aufwand von 221062617 M. Zu dieser Summe kommen noch 29,4 Millionen Mark Anfall im außerordentlichen Etat. Unter den einmaligen Ausgaben sind für das Reichsheer im Rechnungsjahr 1914 vorgesehen 344823048 M. und für die Marine 237479550 M.

Den oben angeführten Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung stehen gegenüber 750677248 Mark an Ausgaben, gegen das Vorjahr mehr 51 Mill. Der Aufwand für die Reichsdruckerei ist etatfiziert mit 10123691 M. Die Kosten der Reichseisenbahnverwaltung sind veranschlagt auf 114516860 M. Dazu kommen noch die einmaligen Ausgaben und je im außerordentlichen Etat, zusammen für die drei vorher genannten Verwaltungen eine runde Summe von 90 Millionen M.

Das Reichsamt des Innern hat bei 24887005 Mark Einnahmen, zumeist vom Patentamt und vom Kanalamt einen Ausgabeetat von 99414374 M. An einmaligen Ausgaben sind vorgesehen 16453800 M. 4 Millionen M. sind als Ausgaben im außerordentlichen Etat postuliert.

Der Etat des Reichsamts des Innern enthält auch diesmal eine Reihe von Postulaten sozialpolitischer Natur. In erster Linie kommt hier in Betracht der Zuschuß zur Invalidenversicherung. Der Zuschuß des Reichs zu den Invaliden- und Altersrenten für 1914 ist berechnet auf 55510279 M.; für die Invalidenrenten (§ 1255 Abs. 3 der RVO.) sind 960000 M. eingesetzt, insgesamt sind für den Zweck der Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung 59062000 M. vorgesehen, rund 2 Millionen M. mehr als im Vorjahre. Am 1. Januar 1914 werden voraussichtlich 970136 Invalidenrenten und 86017 Altersrenten laufen.

Weiter wird im Dispositiv bemerkt, daß die Zahl der zu unterstützenden Witwen und Waisen stetig steigt. Am 1. Januar 1914 sind voraussichtlich 8970 Witwenrenten fällig; am 1. Januar 1915 werden nach Berechnung der Abgänge etwa 17500 Witwen- (Witwen-) Renten laufen. Die Zahl der Waisenrenten wird am 1. Januar 1914 rund 32440 betragen.

Weitere Anläufe zu sozialen Zwecken sind im Etat unter Kapitel 7a: Unterstützung deutscher Seemannshäuser im Ausland 28000 M., Beitrag an die Zentralstelle für Volkswohlfahrt 15000 M., an die Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 45000 M., Zuschuß an die internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz 8000 M., Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise 50000 M., gegen das Vorjahr mehr 20000 M. Bei den Beratungen des Reichstags in der vorigen Session wurde eine Resolution angenommen, in welcher eine angemessene Erhöhung dieses Postulats gefordert wurde. Dem ist nun bis zu einem gewissen Grade entsprochen worden.

Neu eingesetzt sind, entsprechend dem Verlangen des Reichstages, Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien. Für das Jahr 1914 sind zu diesem Zwecke 180000 M. eingesetzt, 240000 M. hat der Reichstag im Juni bereits bewilligt. Unterstützung sollen erhalten solche Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffizier oder Gemeine genügt haben oder noch genügen. Für jeden weiteren Sohn beim Heer oder Marine wird für jedes Jahr der gesetzlichen Dienstpflicht eine Aufwandsentschädigung von 240 M. gewährt.

Zur Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften sind eingestellt rund 6 Millionen M., 1 1/2 Millionen M. mehr als im Vorjahr.

Für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen sind 85000 M. in Anfall gebracht. Zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sowie wissenschaftlicher Untersuchungen im Interesse der Landwirtschaft sind eingestellt 155000 M. Zweck Herausgabe von Berichten über die Landwirtschaft sind vorgesehen 10000 M. Zur Herausgabe des deutschen Landwertsblatts werden 10000 M. beigesteuert. Die „Nachrichten für Handel, Gewerbe und Industrie“ erfordern einen Zuschuß von 70000 M. Zur Förderung der Binnenschifffahrt werden 100000 M., zur Seeschifffahrt 500000 M. angefordert. Dagegen findet sich im Etat kein Anfall zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Unterstützung von Einrichtungen zu diesem Zweck. Darüber wird noch eingehend im Reichstag gesprochen werden.

Zur Förderung der Kolonisation von Dehland werden an landwirtschaftliche Korporationen eine Million Mark gegeben. Dieses Geld wird den infolge des Kaligesezes dem Reiche zufließenden Einnahmen entnommen.

Sodann befindet sich bei den einmaligen Ausgaben, Kapitel 3, eine Summe von 150000 M. zur Bekämpfung

des Typhus. Zur Ausbildung von Schiffsjungen, Söhne unbemittelter Leute, sind 100 000 M. eingesezt. Zur Förderung einer internationalen Bibliographie für Sozialwissenschaften werden seit 1908 alljährlich 15 000 M. angefordert. Zu den Unterhaltungskosten einer Berliner Anstalt für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich sind 80 000 M. angelegt. Nach Bewilligung dieser Summe beträgt die Gesamtaufwendung des Reiches für diese Anstalt 400 000 M. Zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sind 150 000 M. vorgesezt, 50 000 M. mehr als im Vorjahre. Ein neuer Posten von 12 500 M. ist eingesezt zur Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Schwefelsäure-, Salzsäure-, Salpetersäure- und Sodaindustrie. Die Untersuchung wird durch das Reichsgesundheitsamt erfolgen. Die Gesamtkosten sind auf 50 000 M. veranschlagt.

Wie im Vorjahre so ist auch im Etat für das Rechnungsjahr 1914 eine Summe von vier Millionen Mark zur Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte des Reiches und der Militärverwaltung eingesezt. Von den vom Reichstag verlangten Gesetzesentwürfen zur Regelung des Wohnungswesens, der Frage des Erbbaurechts und des Beleihungswesens verläutet noch nichts. Auch über den Stand der Pensionsklassenfrage für die Militärarbeiter schreibt noch ein Dunkel. Da im diesjährigen Etat nur 75 160 M. für das nichtpensionsberechtigten Betriebs- und Arbeiterpersonal eingesezt sind, gegen fast zwei Millionen Mark früher, so scheint diese Sache besonders geregelt werden zu wollen. Auf die Details des Etats für die Militär-, Eisenbahn- und Postverwaltung kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. S. P.

Aus unserer Industrie.

Die Beschäftigung in der Textilindustrie

Im Monat Oktober wird in dem soeben erschienenen Novemberheft des Reichsarbeitsblattes wie folgt festgestellt:

Die westfälischen Baumwollspinnereien und Webereien waren befriedigend beschäftigt. Es zeigte sich dort ein geringer Arbeitermangel, allgemeine Lohnerhöhungen fanden statt. Aus Bayern, Württemberg, Elsaß, Schlesien, Sachsen und Hannover wird über unbefriedigende Beschäftigung geklagt, Schuld daran ist die Verteuerung des Rohstoffs und der durch die allgemeine rückläufige Konjunktur entstandene Rinderverbrauch. Gegenüber dem Vormonat und Vorjahr hat ein weitere Verschlechterung stattgefunden. Die Einfuhr österröcherischer Garne wirkt sehr nachteilig auf den Markt und verdrängt die Preise. Man beabsichtigt in Süddeutschland zu einer planmäßigen Einschränkung der Produktion überzugehen.

Die Baumwollbunt- und Weißwebereien Schlesiens hatten nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller für einzelne Stuhlfarben unzureichende, im ganzen aber noch normale Beschäftigung. Neue Geschäfte kamen außerordentlich wenig zustande. Der hohe Selbststand bildet den Hauptgrund für die Zurückhaltung der Färberei. Die Aussichten für den Winter werden als ungünstig angesehen. In einzelnen Werken mußten Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden. In Mitteldeutschland war der Beschäftigungsgrad in der Herstellung von Möbelstoffen, Portieren usw. ziemlich gut und besser als im Vormonate, da im Oktober in diesen Artikeln stets die meisten Aufträge für das Frühjahr erteilt werden.

Die sächsischen Bigognesspinnereien klagen über die schlechte Beschäftigung, die gegenüber dem Vormonate sich weiter verschlechtert hat. Als Ursache wird der hohe Selbststand, die hohen Baumwollpreise und die Störung des Umsatzes in Web- und Wirkwaren betrachtet. Die schlechte Lage führte zu tageweisem Stillstand einzelner Spinnereien.

Der Geschäftsgang in der schlesischen Wollwarenfabrikation war, wie der Verband schlesischer Textilindustrieller berichtet, im allgemeinen befriedigend, wenn auch der Bedarf durch das ungewöhnlich warme Wetter etwas zurückgehalten wird.

Die Herstellung von wollenen Damenkleidstoffen war nach einem Berichte des Verbandes sächsisch-schlesischer Webereien in mäßigem Geschäftsgang. Die in der letzten Hälfte des vorigen Monats einsetzende Besserung hielt an, da die Zurückhaltung der Abnehmerkreise nachgelassen hat. Teilweise bestand noch die einjährige Beschäftigung.

In der Tuchfabrikation Schlesiens hat das warme Wetter eine weitere Verschlechterung der Nachfrage gebracht. Nur das Notwendigste wird gekauft und die Winterausfichten werden als schlecht angesehen. Arbeitsbeschränkungen mußten bei einzelnen Werken vorgenommen werden. Auch aus der Niederlausitz wird über unbefriedigende Beschäftigung der Tuchfabrikation geklagt, die dort zur Einschränkung der Arbeitszeit und zu Einlagen von Feierschichten führte. Die Beschäftigung der Tuchfabrikation in Guben ließ wenig zu wünschen übrig. Die Nachfrage nach besserer Ware war regelmäßig und gut.

Die schlesische Seidenfabrikation war, wiewgleich neue Abschlüsse nur in geringem Umfang zustande kamen, in Webereien und Spinnereien zufolge früherer Aufträge noch durchaus normal beschäftigt.

Die Krefelder Seidenindustrie war in breiter, stückreicher Ware gut, in schmaler Stranggefärbter Ware schlecht beschäftigt. Die Mode begünstigt die leichteren stückreicheren Stoffe, die hauptsächlich in breiter Ware hergestellt werden, während die schmaleren glatten Seidenkleider- und die Blusenstoffe von der Mode vernachlässigt werden. Gegenüber dem Vorjahr machte sich eine Verschlechterung bemerkbar. In der Samtindustrie zeigte sich eine gewisse Abflauung und Ver-

schlechterung gegenüber dem Vormonat und Vorjahr, die zur Arbeitsverlängerung in einigen Fabriken führte. In Samtband bleibt die Nachfrage mäßig. Der Beschäftigungsgrad in wollenen Strickwaren entsprach nicht den Erwartungen und stand hinter dem des Vormonats und Vorjahres zurück. Der Grund des Rückganges ist zum größten Teil die ungünstige, zu warme Witterung zum kleineren Teil der noch immer angespannte Geldmarkt. In Strick- und Wirkwaren war der Beschäftigungsgrad mangelhaft und schlechter als im Vorjahr.

Die Fabrikation von Tüchern und Schals hatte ruhige Beschäftigung, die zum Schlusse des Monats eine kleine Belebung erfuhr.

Die Trikotwarenfabriken in Süddeutschland klagten über schleppende Beschäftigung. In der Blaener Stickerei- und Spitzenindustrie sind nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie die Verhältnisse im wesentlichen unverändert schlecht geblieben. Es bestand außergewöhnliches Angebot an Arbeitskräften.

Die Beschäftigung in der Hanfspinnerei und Bindfadenfabrikation war gut und hat sich auf der Höhe des Vormonats und Vorjahres gehalten. Es bestand Mangel an Arbeitskräften. Die Koghaarspinnereien waren nach einem Berichte des Verbandes deutlicher Koghaarspinner normal und besser als im Vormonat und Vorjahre beschäftigt. In den Druckereien, Färbereien und Bleichereien Süddeutschlands, besonders Elsaß, bestand ungenügende Beschäftigung, dagegen zeigte sich in Norddeutschland eine gewisse Belebung des Beschäftigungsgrades infolge des Einganges von Bestellungen auf Sommerware.

8 Firmen der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende Oktober von 8194 gegen 8076 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 1,46 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichteten 434 Betriebskrankenkassen mit 93 254 männlichen und 111 861 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Oktober 1913 ergab sich am 1. November 1913 eine Zunahme der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ohne Kranke um 299 und der weiblichen Mitglieder um 676.

In der Gewerbegruppe Textilindustrie waren von 100 Mitgliedern von Fachverbänden arbeitslos:

Anzahl der Verbände	Mitgliederzahl	Oktober 1913	Oktober 1912
3	184 936	1,6	0,8

Aus dem Verbandsgebiete.

Ein Wort zur Arbeitslosenunterstützung.

Wir leben in einer Zeit der niedergehenden Konjunktur. Auch in unserem Gewerbe ist die Arbeitslosigkeit eine große. Von allen Seiten erhalten wir Nachrichten von bereits vorgenommenen oder noch bevorstehenden Betriebsbeschränkungen. Die im dritten Quartal an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlte Unterstützungssumme hat bereits den hohen Betrag von 14 446,80 M. erreicht. Im vierten Quartal wird aller Voraussicht nach dieser Betrag noch übersteigen. Da nun auch mancherlei Anträge auf Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung an die Zentralstelle gelangen, die den statutarischen Vorschriften nicht entsprechen, seien diese Vorschriften hier angeführt und allen Mitgliedern zum Studium empfohlen.

Die Karenzzeit beträgt in allen Fällen drei Tage. Sie muß ununterbrochen, d. h. an drei aufeinanderfolgenden Tagen bestanden werden. Ist die Karenzzeit vor-schriftsmäßig bestanden, dann werden die nachfolgenden vollen Wartetage, auch wenn sie nicht direkt aufeinander-folgen, für die Dauer von vier Wochen, vom Beginn der Karenzzeit an gerechnet, zusammengezählt und unter-zählt.

Auf der Arbeitslosen-Anmeldung müssen stets die ersten drei Karenztage mit Datum angegeben werden, und ist somit auch die Anmeldung nicht gleich am ersten, sondern erst nach Ablauf des dritten Arbeits-losentages mit dem Mitgliedsbuch an die Zentralstelle einzulenden. Die Anmeldung eines Arbeitslosenfalles, und ebenso auch die Anweisung zur Auszahlung der Unter-stützung, gilt — sofern es sich um die Aufrechnung einzelner Wartetage handelt — nur für vier Wochen. Nach Ablauf dieser Frist muß wieder die drei-tägige Karenzzeit bestanden werden und eine neue Anmeldung erfolgen.

Es sei ausdrücklich bemerkt, daß der Zentralvorstand nicht das Recht hat, über diese Bestimmungen hinauszu-gehen. Er ist in seiner Beschlusfassung gebunden an das Verbandsstatut und hat die Mitglieder aller Orts-gruppen gleich zu behandeln. Unser Verband geht in der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ohnehin schon weiter wie die sozialdemokratische Konkurrenzorganisation. Diese hat ebenfalls eine dreitägige Karenzzeit, gewährt aber Arbeits-losenunterstützung nur dann, wenn die Arbeitslosigkeit länger als eine Woche dauert.

Endlich dürfen unsere Mitglieder nicht vergessen, daß der Verband kraftvoll genug bleiben muß, um jetzt in der Zeit der schlechten Konjunktur eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse nach Möglichkeit zu verhindern. Er muß ferner in der Lage sein, den hoffentlich recht bald wieder einsetzenden besseren Geschäftsgang zugunsten der Ar-beiterschaft auszunutzen. Das sind die wichtigsten Auf-gaben des Verbandes. Sie vermag die Organisation aber nur zu erfüllen, wenn alle Mitglieder auch in der jetzigen für die Arbeiter recht ungünstigen Zeit festbleiben und wacker und treu am weiteren Ausbau der Organisation arbeiten.

Aus unseren Bezirken.

Organisationsleben in der Pfalz.

Unsere Leser haben mit mir in No. 46 der „Textil-arbeiter-Zeitung“ die Ortsgruppen Herzheim und Bam-brecht besucht. Nachdem uns die Lambrechtler Kollegen zur Bahn begleitet und wir von ihnen herzlich Abschied genommen hatten, geht es nach Neustadt zurück. Hier bietet sich uns Gelegenheit, einige Bilder vom Pfälzer Weintag mitanzusehen. Der Stimmelsberger Reuberg bei Neustadt, von wo aus man bei klarem Himmel die Türme von Worms, Speyer und Ludwigsbasen sieht, verschleiert leider heute die Fernsicht. Oktoberwetter ist's. Aber das vor uns liegende Weinland erscheint in wunder-voller Glorie. Die scheidende Sonne übergießt die Kluppen der Haardtberge mit funkelndem Goldglanze.

Langsam, erfüllt von den geschauten Erdenhöhenheiten, ziehen wir talwärts. Im Städtchen hören wir Getöse. Der Zug der Winger naht. Unwüßsig ist er, wie das ganze Pfälzer Volksleben. Alles, was mit der Winger-zunft zusammenhängt, ist vertreten. Diese Arbeiter mit Spritzen, Bürsten und Sägen; Winger und Wingerinnen sehen aus, als habe man sie eben im Weinberg zusammen-getrommelt und zum Zuge geordnet. Schwere bunte Däsen schreiten patisch einher und ziehen lange Leiter-wagen, gefüllt mit fröhlichen Menschen, unter denen große Weingläser kreisen. All dieses Volk sammelt sich nach beendetem Zuge im Saalbau, um sich in froher Weinlaune zu erfreuen. Als letzten Gruß höre ich noch von weitem den Schluß des Liedes:

Nehmt gefüllt zur Hand die Gläser,
Ruft entzückt aus vollem Hals:
Pfälzerland, wie bist du reizend;
Sebe hoch du schöne Pfalz.

Während ich über das Gesehene nachdenke, bringt mich der Schnellzug nach Speyer, eines der ältesten und schönsten Städtchen am Rhein. Hier befindet sich eine Baumwollspinnerei mit mehreren hundert Beschäftigten. Am Betriebe ist eine größere Kolonie erbaut, woselbst wohl der größere Teil der Arbeiterschaft seine Wohnung hat. Die in der näheren und weiteren Umgebung liegen-den Ortschaften, Rechtersheim, Berghausen, Heiligenstadt und Dudenhofen liefern der Firma ebenfalls ihre Arbeits-kräfte. Durch Vermittlung eines Arbeitersekretärs ist mir Gelegenheit geboten, in zwei von den kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen einberufenen Versammlungen über das Thema: „Der Sieg des Organisationsgedankens bei allen Erwerbsständen“ zu reden. Der Besuch der Versammlungen war ein äußerst guter. Auch der an-weisende hochw. Herr Pfarrer ermunterte die Leute zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften. Der Beifall der Anwesenden beweist dir, daß man dich verstanden hat. In der nachfolgenden Aussprache erzählt man dir vom ungerechten Strafsystem und schlechter Behandlung, von langem Lohn usw. Gemeinsam mit einem Kollegen aus Speyer, der schon lange Mitglied unseres Verbandes war, versuche ich den Leuten klar zu machen, daß nur durch eine starke Organisation eine Besserung der be-stehenden Verhältnisse möglich sei. Der durch die Ar-beiter- und Arbeiterinnenvereine vorbereitete Boden wird in allernächster Zukunft ein Erstarren unseres christlichen Textilarbeiterverbandes ermöglichen. Nachdem die Leute das Total verlassen hatten, wandte auch ich mit meinem neu gewonnenen Freunde zurück nach Speyer und in der Hoffnung leg ich mich nieder, baldigst ein neues Reis unseres lieben christlichen Textilarbeiterverbandes aufzubrechen zu sehen.

Anderen Tages kommt Worms an die Reihe. Eine große Tuch- und Kunstwollfabrik ist hier vorhanden mit ungefähr 700 Beschäftigten. Auch die Lederindustrie ist hier sehr stark vertreten. Der weithin bekannte Freiherr von Seyl zu Hertsheim hat hier einen Betrieb mit un-gefähr 6000 Arbeitern, und in fast keinem Hause ist nicht jemand, der nicht „ins Seyl's schafft“. Bekannt ist die hiesige Gegend unter dem Namen „Die Wormser Ede“.

Unsere Textilarbeiterchaft verteilt sich auf die Orte: Büschel, Hertsheim, Ubenheim und Worms. Der kleinere Teil der Leute hiesiger Textilarbeiterchaft ist organisiert. Mein Reiseziel ist Ubenheim. Gegen 6 Uhr fahre ich mich ins Wälnle. Viele Kollegen und Kolleginnen fahren mit mir den gleichen Weg. Witten unter den Männern und Frauen der Arbeit habe ich Platz ge-nommen. Selbstredend gefällt es mir hier am besten. Unsere Kolleginnen sind in besonderen Abteilen und singen ein fröhliches Liedchen. Ich mustere meine Gegen-über und schon kommt ein treuer Kollege auf mich zu und befragt mich nach dem Namen. An der Mappe hat er mich wohl schon halbwegs erkannt. Ich erkundige mich bei ihm nach dem Versammlungsortal, und bereit-willig führt er mich hin. Die Versammlung am Abend ist eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung, welche von fast allen Organisierten des Ortes besucht ist. Nach dem Vortrage über: „Gesamntinteresse und Arbeiterorganisation“ erfahre ich wieder manches Neue, was noch verbesserungs-bedürftig ist. Strafsystem und Behandlung sind zwei Punkte, welche besonderer Beachtung würdig sind. Auch die Lohnverhältnisse lassen noch vieles zu wünschen übrig. Gegenüber anderen Tuchindustriestädten sind die Ver-hältnisse noch sehr weit zurück. Wenn erst die Organi-sation erstarbt sein wird, ist eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten. Die Firma, die finanziell gut steht, kann mit Leichtigkeit der Arbeiterschaft bessere Verhältnisse geben. Bei einigermaßen intensiver Arbeit wird es in nicht allzu ferner Zeit möglich sein, eine starke Gruppe unseres Verbandes zu erhalten. Deshalb, ihr Wormser Kollegen und Kolleginnen, nur vorwärts! Nur dem Mutigen gehört die Welt. Wer zaudert und verzweifelt vor der Mitarbeit? Die größten Schwierigkeiten sind die, welche wir uns selbst bereiten, drum frisch zugegriffen. Glück auf zur Tat.

Wer nicht kämpfen will, wird niemals siegen,
Wer den Anfang scheut, vollendet nie;
Wer nur zagend kämpft muß unterliegen,
Denn ihm fehlt die Macht der Energie!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Barmen. Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse, am 23. November gefügt wurde, zeigte folgendes Ergebnis: Liste der christlich-nationalen Vereine und Gewerkschaften 5811 Stimmen = 22 Vertreter, Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 9576 Stimmen = 36 Vertreter, Christl.-Dundersche Liste 226 Stimmen = 1 Vertreter, gelbe Liste 207 Stimmen = 1 Vertreter. Bisher hatten die Sozialdemokraten sämtliche Vertreter, herrschten also unumfänglich, jetzt zählen sie nur noch 36 von 60 Arbeitnehmervertretern, 36 von 90 Gesamtvertretern. Dieses Resultat paßt sehr schlecht zu der großen Siegeszuversicht, die von den Genossen am Sonntag an den Tag gelegt wurde. Das sind die Resultate sozialdemokratischer Behörden und Schimpfereien, sind Früchte fortgesetzter Beleidigungen der christlich organisierten Arbeiter auf der Arbeitsstelle, in Versammlungen und besonders durch die Presse. Am Sonntag haben die christlich-nationalen Arbeiter mit dem Stimmzettel in der Faust der Sozialdemokratie die einzig richtige Antwort gegeben. Ein Bravo den wackeren Wählern, die so mannhaft ihre Pflicht erfüllt. Immer mehr noch müssen sich alle nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmer ihrer Pflicht bewußt werden, Schulter an Schulter, zusammengeschlossen in festen Organisationen, ihre Rechte zu fordern und zu verteidigen gegen alle antisozialen und gegen revolutionäre Bestrebungen.

Mit großer Befriedigung können Wahlauschuss und alle Mitarbeiter der christlich-nationalen Gewerkschaften und der konfessionellen Vereine auf die Wahl zurückblicken. Ihr Mühen war nicht vergebens. Die sozialdemokratische Alleinherrschaft ist endgültig vorbei in der Allg. Ortskrankenkasse. Barmen, anstelle ihrer bisherigen zwei Drittel-Mehrheit kommt die Sozialdemokratie jetzt nur noch mit etwas mehr als einem Drittel im Ausschuss und Vorstand zurück. Jetzt hat sie nicht mehr allein zu bestimmen über Beiträge und Leistungen, Vergütung von Arbeiten, Anstellung von Angestellten u. a. m. Für die „Genossen“ ein Grund zur Trauer und für die „Freie Presse“ ein sehr triftiger Grund zum Schimpfen.

Bühl (Gls.). Den Zweck der Aktion für den freien Samstagmittag, wie sie durch Sammeln von Unterschriften von Seiten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes betrieben wurde, ist unseren Wähler Kollegen und Kolleginnen nun klar geworden. Es hatten einige, die die Mahnung unseres Verbandsorgans nicht gelesen hatten, sich von den roten Agitatoren überreden lassen und ihre Unterschrift gemacht. Diese wurden nun leibhaftig in den roten Verband zu bewegen versucht. Und damit bei dieser Agitation der Erfolg nicht ausbleibe, erschien der rote Verbandsbeamte Minch aus Gbeweiler selber. Außerdem hatte er in seiner Begleitung einen Herrn, angeblich aus Krefeld (?), der unseren Mitgliedern die Verrätereien (?) unseres Verbandes in Krefeld auseinander posamentieren mußte. Doch, trotz der aufgewandten Mühe mußten die Herren, nachdem sie ihre Kehle trocken geredet hatten, ohne Erfolg abziehen. Dies ist ja auch eine Selbstverständlichkeit, denn unsere Mitglieder wissen den Wolf in Schafspelz schon zu erkennen. Überall, wo sie anpochten, wurde ihnen eine gründliche Abfuhr zu teil.

Unsere Mitglieder aber rufen wir zur Gegenaktion auf. Macht die Wählerarbeit der roten Volksbegleiter durch Aufklärung der Unorganisierten unmöglich. Werbet und agitiert recht fleißig für unseren christlichen Textilarbeiterverband.

Emsbetten. Zehn Jahre waren am 22. November verfloßen seit dem Gründungsstag der hiesigen Ortsgruppe; zehn lange Jahre, Jahre der Arbeit und des Segens. Arbeit besonders für eine junge Ortsgruppe, die mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und die gewissermaßen unter Steinen empoblickte und sich zu achtenswerter Höhe hinaufarbeitete. So konnte mit Recht der Vorsitzende der Ortsgruppe Emsbetten, Felix Wilp in seiner Gründungsrede auf die vielen Schwierigkeiten und Arbeiten in den 10 Jahren hinweisen. Eine große Anzahl, wohl fast alle Mitglieder der Ortsgruppe, hatten sich am Sonntag nachmittag im Laumannschen Saale versammelt, um das zehnjährige Bestehen der Ortsgruppe geführend zu feiern. Gegen 1/2 Uhr eröffnete Kollege Wilp die Festversammlung mit den Worten: Gott segne die christliche Arbeit! Er heißt alle herzlich willkommen, besonders begrüßt er den Festredner, Bezirksleiter Kollegen Camps-Münster, dann den Herrn Amtmann Schipper, der durch seine Anwesenheit zeigte, daß er auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung verdientestes Interesse entgegen bringt. Weiter wurden herzlich begrüßt die Herren Präses und Vizepräses des kath. Arbeitervereins, dann die um die Ortsgruppe verdienten Lehrerinnen Fräulein Gustede und Fräulein Bedermann. Sodann wurde ein Entschuldigungsschreiben des evangelischen Pfarrers Herrn Schmiegling verlesen, worin gen. Herr bedauert, sich wegen Amtsgeschäfte an der Feier nicht beteiligen zu können. Er wünscht der Veranstaltung einen guten Verlauf und der Ortsgruppe Gottes Segen. Der Vorsitzende begrüßte weiter noch den Gesangverein „Sängerlust“ und dankte ihm für seine Mitwirkung. Nachdem Herr Wilp nochmals allen ein herzliches Willkommen entgegengerufen, bemerkte er, daß schon viele Jubiläen und Gedächtnisfesten im Jahre 1913 begangen wurden. Er wies im besonderen auf die in Emsbetten festlich begangene Errichtung und Enthüllung des Kriegerdenkmals hin. Auch die Arbeiter könnten an dem Denkmal ihre Freude haben, denn auch sie haben gern ihr Scherlein geopfert und zu der großen Bausumme beigetragen. Wir haben auch dadurch unsere Vaterlandsliebe bewiesen. Zeigen wir auch heute an unserem Festtage unsere patriotische Gesinnung und bringen wir sie zum Ausdruck durch den Ruf: Unser Kaiser, er lebe hoch! Begeistert stimmte die Versammlung in dieses Hoch ein. Herr Wilp tat dann einen Rückblick auf die Ortsgruppe und schilderte die besonderen Umstände, unter denen sie stattfand. Er freiste auch die Gründung des kath. Arbeitervereins und forderte die Kollegen auf, soweit noch nicht geschehen sämtlich dem Arbeiterverein beizutreten. Zum Schluß seiner Ansprache begrüßte der Vorsitzende zum treuen Festhalten an der Organisation, dann würde auch das gesteckte Ziel erreicht werden. Nun wurde der Gang der Versammlung angenehm durch ein sehr gut vorgetragenes Lied des Gesangvereins „Sängerlust“ unterbrochen. Als der Befall verabschiedet war, betrat Herr Bezirksleiter Camps das Rednerpult zur Festrede. Er überbrachte zunächst die Glückwünsche des Zentralvorstandes und schilderte dann besonders eingehend die Gründung der Ortsgruppe Emsbetten. Er wies auf die großen Verdienste, die sich Kollegen wie Herr Meiners um die Ortsgruppe erworben haben und beleuchtete weiter den Zweck und die Ziele der christlichen Gewerkschaften. Mit herabden Worten mußte Herr Camps die Notwendigkeit des christlichen Verbandes, nicht allein der Arbeiter wegen, sondern auch als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zu schildern. Dann verbreitete sich der Bezirksvorsitzende über

den direkten Nutzen des Verbandes für seine Angehörigen. Die Mitglieder werden mehr zur geistigen Arbeit angehalten und ihr Interesse an den wirtschaftlichen Vorgängen wird geweckt. Weiter will der Verband tüchtige Arbeiter erziehen, die arbeitsfreudig und nüchtern sind. Auch die Arbeitgeber werden schließlich die Notwendigkeit des Verbandes einsehen und anerkennen. Dann wurde die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften als sich aus den Verhältnissen mit Notwendigkeit ergebend beleuchtet. Zum Schluß seiner Rede erwähnte Herr Camps alle, treu und gewissenhaft ihre Pflichten dem Verband und dem Arbeiterverein gegenüber zu erfüllen und immer mehr für den Verband zu werden und zu arbeiten. Er beglückwünschte nochmals die Jubilare und wünschte allen auch das Miterleben der Feier des 20jährigen Bestehens. Redner schloß mit einem Hoch auf den christlichen Textilarbeiterverband und die Jubilare. Der Vorsitzende der Ortsgruppe dankte dem Redner für die Anregungen und sprach die Hoffnung aus, daß dieselben auch beachtet würden. Nun folgte ein flott gespieltes Theaterstück, das in 5 Aufzügen den Ausbruch eines Streiks und die Seelenkämpfe eines Streikenden zeigte, der, durch die Not seiner Familie getrieben, zum Streikbrecher wurde, nachher aber alles wieder gut machte. In der ersten Pause wurden die Namen der 55 Jubilare verlesen und diesen ein Buch „Lebenspiegel“ von Anton Feinert mit besonderer Widmung des Zentralvorstandes überreicht. In einer weiteren Pause dankte im Namen der Jubilare Herr Beckmann für das Geschenk und ermunterte besonders die jugendlichen Kollegen zum treuen Festhalten an der Organisation. Im weiteren Verlauf des Abends wurde noch eine Verlosung von Büchern vorgenommen. Zwischen den Akten des Theaterstückes erfreuten die Sänger durch ihre Vorträge, ihre Darbietungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Auch die Theaterspieler wurden durch lebhaften Beifall für ihre Mühe belohnt. So nahm die Veranstaltung einen prächtigen Verlauf. In einem Schlußwort wurden nochmals alle zur treuen Mitarbeit aufgefordert und weiter wurde zu der Festversammlung am Montagabend eingeladen.

Gebweiler. Krankenkassenwahlen. Bei der am 23. November stattgefundenen Wahl des Ausschusses für allgemeinen Ortskrankenkasse Gebweiler hatte die Liste des christlich-sozialen Ausschusses einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Von 195 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf sie 135 und auf die sozialdemokratische Liste 821. Demnach entfielen auf die Liste des christlich-sozialen Ausschusses 35 Vertreter und auf die sozialdemokratische Liste 25.

Bei den Arbeitgeberern erhielten von 426 abgegebenen gültigen Stimmen die sozialdemokratische Liste 79 und die Liste des Gewerbevereins 347. Es entfielen demnach auf die sozialdemokratische Liste 5 Vertreter und auf die Liste des Gewerbevereins 25. Mit diesem Resultat kann der christlich-soziale Ausschuss zufrieden sein. Nicht aber die Sozialdemokraten. Für sie bedeutet der Wahlausfall eine neue Schlappe in der Reihe der bisher schon erlittenen. Das wird der christlichen Arbeitererschaft neuen Mut verleihen. Jetzt doch auch diese Wahl wieder, daß die Sozialdemokratie nicht unüberwindlich ist. Es heißt nur auf unserer Seite tüchtig arbeiten. Das mögen insbesondere unsere Mitglieder beherzigen.

Greiz (Vogtland). Eine Antwort auf die Böblingische. Noch in lebhafter Erinnerung ist unseren Mitgliedern die Zeit, da der sozialdemokratische Textilarbeiterverband zusammen mit der sozialdemokratischen Presse in geradezu unerhörter Weise gegen unsern Verband Sturm lief. In kalter Berechnung glaubte man, in einem einzigen Akt unsere Ortsgruppe über den Haufen rennen zu können. Das hätte dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell gerade so gepaßt, standen doch die Krankenkassenwahlen vor der Tür. Da wäre man den gefährlichsten Konkurrenten los gewesen. So gewissenlos diese Heße betrieben wurde, so blieb sie für die sozialdemokratische Bewegung doch ohne Erfolg. In aller Treue stehen unsere Mitglieder zu ihrem Verbande und seiner Leitung. Diese Treue zeigte bei der vergangenen Krankenkassenwahl die schönsten Früchte.

Die Wahlen des Ausschusses für allgemeinen Ortskrankenkasse fanden statt am 12., 13., 15. und 17. November. Zeigten die Vorarbeiten schon, daß die vereinigten nationalen Gruppen sich auf einen harten Kampf gefaßt machen müssen, so hat der Wahlkampf diese Annahme noch übertraffen. Mit den unfairsten Mitteln, Wahlmanövern aller Art, versuchte die Sozialdemokratie ihre Position zu behaupten. Nur einige dieser Wahlmittel mögen unsere Leser von der Schärfe des Kampfes überzeugen.

Während der Wahltag gingen Agitatoren des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells mit der Behauptung haufieren, die vereinigten nationalen Gruppen treten ein für Anstellung von pensionierten Offizieren und Militäranwärtern in die Krankenkassen. Deshalb hätten die Wähler den falschen Stimmzettel. Als dieser Wahlschwindel zeitigen aufgedeckt wurde, gebärdete sich die sozialdemokratische Presse wie toll: „Weg mit den Stimmzetteln der christlich-nationalen Gruppen. Keine Stimme denen, die unter dem Deckmantel des Christentums mit Lug und Trug arbeiten.“ Der Lug und Trug, der von den Agitatoren des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells verbreitet worden ist, schien dem Flugblattschreiber ganz entfallen zu sein, sonst hätte der Satz etwas anders lauten müssen.

Wer da läßt muß Prügel haben.“ Wähler! Diese Prügel erteilt ihr ihnen, indem ihr nur den Kartellstimmzettel abgebt.“ So hieß es in einem Flugblatt am letzten Wahltag. Trotz dem diese Prügelei nur bildlich dargestellt war, bestand doch die Gefahr, daß einige gar zu radikale Genossen die Sache gleich praktisch betätigten. Eine derartige Kampfesweise ist geradezu unverantwortlich.

So war der Kampf wohl ein schwerer, aber er war auch von einem schönen Erfolg gekrönt. Von 11900 Wählern übten 8750 ihr Wahlrecht aus. Davon entfielen auf die Liste der vereinigten nationalen Gruppen 3364 (im Jahre 1910 1777) Stimmen. In den bisher nur sozialdemokratisch vertretenen Krankenkassenwahlen hatten 15 nationale Vertreter ihren Einzug. Davon eine ganze Anzahl Mitglieder unseres Verbandes. Der gesamte Ausschuss setzt sich zusammen aus 34 nationalen und 26 sozialdemokratischen Vertretern. Im Vorstand der Krankenkasse erhält die christlich-nationale Arbeiterschaft 4 Sitze. Damit ist die nationale Mehrheit gesichert. Unsere Mitglieder, die zum größten Teil Wahlarbeit geleistet haben, können mit Stolz auf ihre Arbeit blicken. Sie haben die Unbildden des Wahlkampfes als echte, nüchterne, nationale Arbeiter ertragen. Wahrlich, für manchen Stubenhocker bürgerlicher Couleur ein echtes Vorbild. Unsere Mitglieder aber, soweit sie wahlberechtigt waren, sie haben dafür gesorgt, daß den Böblingern die richtige Antwort geworden ist. So muß es sein.

Landshut i. Schl. Eine neue Flachsspinnerei. Wie die „Schlesische Ztg.“ in Nr. 844 mitteilt, beabsichtigt die Firma S. Winkel hier selbst den Bau einer Flachsgarn-

spinnerei am hiesigen Orte. Mit dem Bau, der für 10000 Spindeln berechnet ist, soll bereits im nächsten Frühjahr begonnen werden. Diese Mitteilung klingt durchaus wahrscheinlich. Ging doch vor Jahren schon das Gerücht, daß diese Firma beabsichtigt, die sogenannte königliche Spinnerei anzukaufen. Doch soll die Sache an der Höhe des Kaufpreises gescheitert sein.

Sollte, was man wohl erwarten darf, diese neue Spinnerei den neuzeitlichen hygienischen Anforderungen entsprechend eingerichtet werden, dann müßten sicher auch die andern Spinnereien am Orte den Wünschen der Arbeiter mehr als bisher entgegen kommen. Die Klagen z. B. in der königlichen Spinnerei über mangelnde Ventilation sind schon alt. Der Kanal, durch welchen der Staub aus dem Hefelhaal abziehen soll, ist ohne Ventilator einfach zwecklos. So lange es schönes und nicht gar zu kaltes Wetter ist, so daß die Fenster aufgemacht werden können, geht es zur Not. Bei kaltem, regnerischem und feuchtem Wetter aber, wenn die Fenster garnicht oder nur wenig aufgemacht werden können, entsteht eine Atmosphäre zum Ersticken. Unehagliche Klagen kommen aus dem Betriebe der Firma Epner her. Auch hier hat man anscheinend von den praktischen Vorrichtungen zur Bekämpfung des Staubes in Spinnereien keine Kenntnis. Sobald es sich aber um Einrichtungen handelt, durch die Arbeitskräfte überflüssig gemacht werden können, wie z. B. der Einbau von Automaten an Hefelmaschinen, dann sträuben sich die Fabrikanten garnicht so lange gegen den technischen Fortschritt. Daß diese nun schon so alten Mißstände immer noch zu verzeichnen sind, ist eine Folge der grenzenlosen Gleichgültigkeit der Spinnereiarbeiter und -Arbeiterinnen. Trotzdem sie Tag für Tag sehen, wie selbst Männer in den sogenannten besten Jahren schon außergewöhnlich vom Asthma geplagt werden. Fast scheint es, als ob jeder Selbsterhaltungstrieb den Spinnereiarbeitern abhand genommen wäre. Denn auch in anderer Beziehung ist in den Spinnereien noch vieles zu wünschen übrig und wir können der Arbeiterschaft nur anraten, wenn ihnen an der Abstellung der Mißstände etwas gelegen ist, dann organisiert Euch. Hinein in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Lobberich. Eine gute Besuche erfreute sich die am 23. Nov. stattgefundenen Generalversammlung unserer Ortsgruppe. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom 3. Quartal wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Anstellung eines Kassierers für die Ortsgruppen Breyell und Lobberich“, wurden von dem Kollegen Stiels längere Ausführungen gemacht, wodurch die von den Vorständen der Breyeller und Lobbericher Ortsgruppe geplante Neuerung eingehend begründet wurde. Eine rege Diskussion folgte diesen Ausführungen. Durch geheime Abstimmung, wurde die Anstellung eines Kassierers beschlossen. Dieser Beschluß wird der weiteren Entwicklung unseres Verbandes in hiesiger Gegend fördernd sein. An unsere Mitglieder und ganz besonders an die Frauen und Mütter derselben richten wir die dringende Bitte, dem Kollegen, der für diesen Posten gewählt wird, sein ohnehin schweres Amt, soweit wie möglich zu erleichtern.

Neumünster. Eine seltene Aufforderung. Vor der Meier Straßammer wurde Anfang November der sozialdemokratische Arbeitsekretär Schneider zu 150 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einem jungen Mädchen und einer älteren Frau gegenüber, welche sein Büro aufsuchten, um Rat und Hilfe von ihm zu erlangen, sich zärtlich und unschuldig benommen hat. Sch. hat bereits seinen hiesigen Wirkungsbereich verlassen, weil anständige Frauen auf seinen „Rat und seine Hilfe“ verzichteten. In Nr. 46 der sozialdemokratischen Textilarbeiterzeitung werden nun die „Christlichen“ beschuldigt, das gerichtliche Verfahren gegen Sch. und auch seine Kündigung veranlaßt zu haben. (Das war bisher ja immer so Usus, wenn es im deutschen Lager nicht stimmte.) Eine strenge Untersuchung soll nun gegen die christlichen Uebelthäter eingeleitet werden, weil es dem „deutschen“ Artiftelstreiber unverständlich ist, daß die christlichen bisher kein Wort über Schneider verloren haben, auch wird gleichzeitig bekräftigt, daß wir keinen Artikel über Sch. brachten, sonst wären wir verklagt worden. Man fordert uns also öffentlich auf, etwas zu unternehmen, was mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen ist, um gegen uns ein gerichtliches Verfahren eröffnen zu können. Eine wohl noch nicht dagewesene Aufforderung, welche den Charakter des „deutschen“ Verbandes öffentlich dokumentiert.

Neumünster. Sanktionierter Tarifbruch. In Nr. 46 des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“ wird vom Herrn Kohur, Geschäftsführer der hiesigen „deutschen“ Zittale offen bekräftigt, was wir vom 8. November über den roten Tarifbruch bei der Firma Cocus-Leppich-Fabrik u. G. geschrieben hatten.

- 1. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und erschienen auf dem Büro des Herrn Kohur. (Tarifbruch.)
- 2. Das Gewerbegericht wurde nach der ArbeitsEinstellung angerufen. Der betr. Passus im Tarifvertrag besagt, daß Differenzen, welche durch den Ausschuss nicht erledigt werden können, dem Gewerbegericht als Schiedsgericht zur Beurteilung überwiesen werden müssen, beide Parteien haben sich dem Schiedspruch zu fügen. Weshalb legten die Arbeiter die Arbeit nieder, ehe sie das Gewerbegericht angerufen hatten? Nach dem Tarifvertrag war ein Streik gänzlich ausgeschlossen.
- 3. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder ohne Genehmigung der Verbandsinstanzen. Mit anderen Worten, die fundamentalen Grundsätze der Gewerkschaft wurden hier vom Vorsitzenden selbst, der dort beschäftigt war, und seinem Stabe mit Füßen getreten. In Krocht bei Schlußberg hat Herr Kohur damals anders gesprochen und verfahren.
- 4. Die Verbandsinstanzen sanktionierten den Tarifbruch, indem der Arbeiterschaft die volle Verbandsunterstützung zu teil wurde.
- 5. Die Tarifbruchschwerkerei hat ein glänzendes Fiasko geklitten.

Wir haben dem Eingekändnis des Herrn Kohur nichts mehr hinzuzufügen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.
Soziale Aufklärung auf den Grundlagen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betreibt in nachdrücklicher Weise unter den Volkswirtschaften evangelischer Konfession seit etwa einem Jahre die von den evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären gegründete „Evangelisch-soziale Schule E. W.“ zu Bethel bei Bielefeld. Im laufenden Jahre wurde bereits, wie schon kurz mitgeteilt ist, ein

religiöser und ein sozialer Kursus für den evangelischen Teil der Beamtenschaft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit bestem Erfolge veranstaltet. Für die Studenten wurde gleichfalls ein von über 100 Teilnehmern der verschiedenen Universitäten und Fakultäten besuchter sozialer Kursus veranstaltet. In diesem Jahre soll sodann noch ein sozialer Kursus für Gemeindeführer und Jugendpfleger abgehalten werden. So geht die mit Mut und Gottvertrauen begonnene Arbeit segensreich voran. Damit nun die evangelisch-soziale Schule ihre Aufgaben erfüllen kann muß die evangelische Arbeiter- und Kollegenchaft tatkräftig an der Aufbringung der materiellen Mittel mitarbeiten. Die Geschäftsstelle der evangelisch-sozialen Schule E. B. (Sekretär E. Hartwig) Bethel bei Bielefeld hat zu diesem Zweck Helferlisten für 1913 herstellen lassen zu 10, 25, 50 und 75 Pfg. und 1 Mk. Die Karten sind bei allen evangelischen Sekretären der christlich-nationalen Verbindungen oder direkt von der Geschäftsstelle zu beziehen. Sozialer Aufstieg und soziale Versöhnung muß und kann nur durch Opferwilligkeit der Kämpfer erreicht werden. Möge die Bitte, die an die evangelischen Kollegen jetzt zur weihnachtlichen Zeit ergeht, offene Herzen und Hände finden.

Die Sterblichkeitsverhältnisse weiblicher Arbeiter in der amerikanischen Baumwollindustrie. Das 19 Bände umfassende amtliche Sammelwerk über die Lage der erwerbstätigen Frauen und Jugendlichen in den Vereinigten Staaten (XXII, 265) bringt im 14. Bande Untersuchungen über die Todesursachen weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der amerikanischen Textilindustrie. Ausgewählt sind die Betriebe in drei Hauptmittelpunkten dieser Industrie: Fall River, Manchester, Pawtucket. Die Untersuchungen erstrecken sich laut "Soz. Praxis" (Nr. 9/1913), auf drei Jahre (1905, 1906, 1907), und hauptsächlich auf die drei Altersstufen zwischen 15 und 44. Die Untersuchungen sind mit großer Sorgfalt ausgeführt; sie gehen sowohl in der Breite, d. h. sie suchen einen möglichst großen Personenkreis zu umfassen, um Fehlerquellen zu vermeiden; sie gehen aber zugleich in die Tiefe, d. h. jeder einzelne Fall hat eine Nachprüfung erfahren. So werden z. B. als Todesfälle weiblicher Arbeiter auch diejenigen Fälle mitgerechnet, die bis zu zwei Jahren nach der Arbeitsniederlegung bei der Tuberkulose anzunehmen ist, daß sie während der Zeit der Arbeit schon bestanden, vielleicht gerade zur Arbeitsniederlegung führten.

Als Ergebnisse treten schon während der Untersuchung selbst zwei Erscheinungen besonders hervor: die auffallend hohe Sterblichkeitsziffer der irischen Rasse, so daß dann die Irländer in allen Bearbeitungen gesondert behandelt wurden, ferner die hohen Sterblichkeitsziffern der verheirateten Frauen. Die Sterblichkeitsziffer der Frauen überwiegt durchschnittlich die Sterblichkeitsziffer der Männer in denselben Altersstufen um 14 bis 33 v. H. Bei der Untersuchung der Sterblichkeitsziffern nach Nationen und Rassen ergab sich, daß die Iren die schlechtesten, die eingeborenen Amerikaner die besten Verhältnisse aufweisen.

Als Todesursache überwiegt sowohl bei Männern wie bei Frauen die Tuberkulose, dann folgen an zweiter Stelle Erkrankungen der Atmungsorgane nicht tuberkulöser Art. Bei den Männern nehmen dann die Unglücksfälle im Betrieb eine hohe Stelle unter den Todesursachen ein, bei weitem höher als bei den Frauen, aber an ähnlicher hoher Stelle stehen dafür bei den Frauen die Sterbefälle an den Folgen des Wochenbettes. Auch Nierenkrankheiten, Krankheiten der Verdauungsorgane, Krebs sind unter den häufigen Todesursachen.

Die Sterblichkeitsfälle an Tuberkulose haben eine ergänzende Beleuchtung nach der Richtung hin erfahren, ob und wie weit sie durch den Alkoholismus hervorgerufen oder verschlimmert worden ist. Eine Untersuchung nach dieser Richtung hin war zuerst in einer Weise geplant, aber bei Nachprüfung der Einzelfälle, wobei Auskünfte von Familienmitgliedern, Hausbewohnern usw. eingeholt wurden, wurde von den Auswertenden von selbst so häufig auf diesen Zusammenhang hingewiesen, daß er später systematisch erörtert worden ist. So ergab sich, daß von den männlichen an Tuberkulose Verstorbenen über 75 v. H. ihr Leiden durch zur starken Alkoholgenuss verschlimmert. Eine gesonderte Untersuchung hat auch die auffallend hohe Sterblichkeit der verheirateten Frauen an Tuberkulose erfahren, indem man sie den verheirateten aber nicht erwerbstätigen Frauen verglich. Während bei den nicht erwerbstätigen Frauen die Verheiratung und Mutterchaft keinen merklichen Einfluß auf die Gefährdung durch Tuberkulose ausübt, ist dies bei den erwerbstätigen in hohem Maße der Fall. Dort weisen die Verheirateten einen doppelt so hohen Verhältnissatz der an Tuberkulose Verstorbenen auf wie die gleichaltrigen Unverheirateten, also wohl ein Zeichen dafür, daß die Doppelbelastung von Beruf und Ehe unter den herrschenden Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen sehr schwer ist und vermehrte Erkrankungsgefahr hervorruft.

Auch der Zusammenhang zwischen der Wohnungsfrage und der Tuberkulose wurde durch die vorliegende Untersuchung zu erfassen versucht, doch ließen sich noch keine bestimmten Maßstäbe dafür gewinnen. Die Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Wohnungsfrage und Tuberkulose werden in den beobachteten amerikanischen Gebieten dadurch erschwert, daß vielfach die verschiedenen Klassen oder Nationen (französischen Kanadier, Iren, Polen, Portugiesen, Deutsche u. a.) in abgegrenzten Kolonien zusammenwohnen, also sowohl die Einflüsse des Wohnungswesens und der Wohnungsverhältnisse wie auch Stammes- und Rassenveranlagungen gleichzeitigen Einfluß auf die Sterblichkeitsverhältnisse ausüben.

Versammlungskalender.

- Ameri. St. Georg. 21. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Ww. Bernhard Glasen, außerordentliche Generalversammlung.
- Borghorst. 14. Dezember, 11 Uhr, im Lokale Fr. Dwerfeg, Generalversammlung.
- 17. Dezember, Distriktsrunde bei Garbrock.
- Brombach (i. Biesental). 14. Dezember, 3 Uhr, im Lokale zur Krone in Brombach, Generalversammlung.
- Cottbus. 18. Dezember, Generalversammlung im evangel. Vereinshaus, Sprestr. 12.
- Dillkrath. 21. Dezember, 6 Uhr, bei Matth. Pooten, Generalversammlung, Vorstandswahl.
- Perlmogel-Dahl. 21. Dezember, 6 Uhr, im Lokale von Th. Schopen (Brandenbergerhof), Generalversammlung.
- Mühl. 14. Dezember, 5 1/2 Uhr, im Lokale Heinr. Winkens, öffentliche Versammlung.
- Neutwerf. 14. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Anton Rommerskirchen.

Juristischer Briefkasten.

Alle Anfragen sind an die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung zu richten. Die Antwort erfolgt in der Regel nach 14 Tagen.

G. v. M. in B. Eine Wiederaufnahme des verlorenen Prozesses ist nur möglich, wenn der Gutachter wissenschaftlich unter Eid die Unwahrheit gesagt hat, und deswegen wegen Meineides bestraft worden ist. In diesem Falle wäre auch eine Klage auf Schadenersatz gegen den Gutachter aussichtslos. Wir raten aber von einem Vorgehen gegen den Gutachter ab, da wir uns nicht denken können, daß er in der angegebenen Weise vorgegangen sein soll. Jedenfalls bitten wir, uns vor Erstattung einer Anzeige die Prozessakten zur Prüfung einzusenden.

P. N. in B. Wenn die Wadefunde in den Lehrplan der Schule als Pflichtkunde aufgenommen ist — und das ist sie wohl ohne Zweifel — so muß Ihr Sohn an ihr teilnehmen. Befreiung von dem Baden könnten Sie freilich wegen eines etwaigen kränklichen Zustandes auf Grund eines ärztlichen Attestes verlangen. Im übrigen bringt das Baden dem Jungen doch nur Vorteil.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Josef Heinr. Klein in Walheim.
 - Stephan Mockel in Eupen.
 - Frau Aertz in Rheydt.
 - Frau Hattenberger in Mülhausen i. E.
 - Karl Wunderlich in Greiz.
 - Bertha Müller in Engelskirchen.
 - Heinrich Sterthues in Mesum.
 - Eduard Menzrath in Imgenbroich.
 - Elise Frey in Mülhausen i. E.
 - Engelbert Thelen in Düren.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Unfallverhütung in der Baumwollspinnerei. So betitelt sich ein kürzlich im Buchhandel erschienenen Werk von Dr. Ing. Karl Lachmann. Das Werk beruht, wie der Verfasser selbst sagt, auf dem Material, den Erfahrungen und Beobachtungen, die er gesammelt hatte während einer zehnwöchigen Beschäftigung in einer großen Baumwollspinnerei im Oberelsaß, auf einer siebenwöchigen Studienreise durch ganz Deutschland zum vergleichenden Besuche von Baumwollspinnereien, mit Aufenthalt in den Geschäftsräumen der Textilberufsgenossenschaften und während einer 1 1/2 jährigen Praxis im Gewerbeaufsichtsdienst. Das zeigt an sich schon, daß der Verfasser mit einem erfreulichen Ernst und mit anerkennenswerter Gründlichkeit zu Werke ging. Der Inhalt des Buches bestätigt diese Auffassung. Er zeugt von einem intensiven Eindringen in den Produktionsprozeß der Baumwollspinnerei und dessen Unfallgefahren. Das Werk enthält eine wichtige eingehende Darlegung über die Unfallursachen und manche brauchbare und darum wertvolle Anregung zu deren Beseitigung. Dabei ist der Verfasser offensichtlich bemüht gewesen, objektiv zu verfahren und auch dem Standpunkt des Arbeiters gerecht zu werden, wenn auch hier und da eine Bemerkung unterläuft, die wir nicht ganz zu unterschreiben vermögen. Wir werden gelegentlich noch auf den Inhalt des Buches zurückkommen.

Ueber diesen selbst kurz folgendes: Der Verfasser bringt zunächst einige allgemeine Bemerkungen über die Unfälle, deren Ursachen und Verhütung. Sie behandeln u. a. die Frage der Unfallversicherung sowie einige ethische und ökonomische Gesichtspunkte in der Frage der Unfallverhütung. Ein weiteres Kapitel ist dann der Unfallbekämpfung gewidmet. Interessant sind da vor allem die Ausführungen über die Auswahl und Beeinflussung des Verhaltens der Arbeitskräfte und des Aufsichtspersonals, über die Bemessung der Arbeitszeit und der Pausen, sowie über die Fugfrage. Manches wahre und zutreffende Wort wird da gesagt, und die Anregungen, die hier der Verfasser zur Bekämpfung der Unfallgefahren gibt, verdienen Berücksichtigung. Nicht stichhaltig sind u. E. die vorgebrachten Bedenken gegen eine Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Unfallverhütung. Auch die beiden folgenden Kapitel über

die Kostenfrage der technischen Unfallverhütung und die Einwirkung der letzteren auf den Lohn des Arbeiters sind sehr beachtenswert. Bemerkenswert ist, daß der Verfasser u. a. auch den Standpunkt vertritt, daß eine wohlwollende Lohnpolitik der Unternehmer ebenfalls unfallschützend wirkt. Erwähnt sei dann noch das Kapitel über die Entwicklung der Spinnarbeit in unfalltechnischer Hinsicht. Der Verfasser schildert da ziemlich ausführlich die für die einzelnen Maschinen der Vorbereitung und der eigentlichen Spinnerei bestehenden Schutzvorrichtungen. Ein letztes Kapitel zeigt an Hand von statistischem Material die Einwirkung der Unfallverhütungsbestrebungen auf die Unfallhäufigkeit. Den Schluß bildet ein reiches Tabellenwerk, das einen interessanten Ueberblick über die Unfallgefahren an den einzelnen Maschinen und über die Unfallursachen gibt.

Alles in allem genommen enthält das Werk ein reichhaltiges, interessantes Material über die Frage der Unfallverhütung in den Baumwollspinnereien. Wir können darum all unseren Ortsgruppen die Anschaffung nur aufs wärmste empfehlen. Preis geheftet 3,60 M. Verlag: Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe. Zu beziehen durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Benloerwall 9.

Die Wahrheit über Adolf Stöcker dem deutschen Volk zu bieten, war der Grund für die Veranstaltung einer ungekürzten Volksausgabe des bekannten Lebensbildes von Adolf Stöcker aus der Feder von Max Braun, welches nach dem einstimmigen Urteil von Männern wie Dr. Reinh. Seeberg, Dibeltius, Bernh. Weiß, Mahling, von Wurster, Deßmann, Jennig, Philipps, Gen.-Sup. Köhler, Gen.-Sup. Ohly, P. Keller, P. Bunte, Hans Freiherr von Holzogen und vielen anderen ein Meisterbuch gerechter und vollstündiger Darstellung ist. Der Verlag stellt als Weihnachtsgabe zunächst 10000 Exemplare für die Massenverbreitung zu M. 1,25 zur Verfügung, um jedem die Anschaffung zu ermöglichen. Wer sich ein eigenes Urteil über Adolf Stöcker bilden will und eine wahre und lebendige Schilderung der ersten christlich-sozialen Kämpfe in der Reichshauptstadt sucht, sei auf diese Volksausgabe hingewiesen (ca. 300 Seiten stark, mit 16 Bildern, in besonderem Einband). Anfragen sind zu richten an die Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt, Ing. Verein für Berliner Stadtmission, Berlin SW. 61.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 M. ab. 14 tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 500 Pfg. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Vier Tarife: a) Sterbegeldversicherung mit abgekürzter Prämienzahlungsdauer. b) Versicherung auf Todes- und Erbensfall. c) Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. d) Versorgungsversicherung. Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet mit dem Tode des Versicherten, spätestens mit der Fälligkeit der Versicherungssumme. e) Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Teilweise Auszahlung der Versicherungssumme vor Fälligkeit derselben bei Kommunion, Konfirmation, Schulentlassung u. Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. Zweimonatige Zahlungsfrist. Größtes Entgegenkommen bei Behinderung der Beitragsleistung. Unverfallbarkeit. Wiederaufnahme der Beitragsleistung eventl. auch ohne Nachzahlung. Einschluß der Kriegsgefahr (nach fünf Jahren ganz, vorher zu bestimmtem, steigendem Prozentsatz). — Die gemeinnützige Volksversicherung D. B. A. G. steht unter ständiger Kontrolle eines Reichskommissars. Mindestens 80% des Gewinns fließt den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf je nach Jahrgang 4% nicht übersteigen. — Auskunft erteilen bereitwillig die Vertrauensleute des Verbandes. Von ihnen erbitten man auch die Prospekte und Aufklärungsschriften.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Der dritte Deutsche Arbeiterkongress in Berlin — Feuilleton: Eindrücke vom dritten Deutschen Arbeiterkongress. — Allgemeine Rundschau: Schwentung nach links? — Gegen die Sozialpolitik. — Eine Ablage? — Sozialdemokratische Zweifel. — Unsaubere Waffen. — Freigewerkschaftliche Neutralität. — Entlarvte Verleumdung. — Deutsche Volksversicherung A. G. — Sozialdemokratische Volksfürsorge. — Schrittmacher der Sozialdemokratie. — Der neue Reichshaushaltsvoranschlag. — Aus unserer Industrie: Die Beschäftigung in der Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Ein Wort zur Arbeitslosenunterstützung. — Aus unseren Bezirken: Organisationsleben in der Pfalz. Berichte aus den Ortsgruppen: Darmen. — Bühl. — Emsbetten. — Gebweiler. — Greiz. — Landeshut. — Lobberich. — Neumünster. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Soziale Aufklärung. — Die Sterblichkeitsverhältnisse weiblicher Arbeiter in der amerikanischen Baumwollindustrie. — Versammlungskalender. — Juristischer Briefkasten. — Sterbe-Tafel. — Literarisches. — Die gemeinnützige Volksversicherung.